

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn	2/3/4	FDP Frauen	6	Digitaler Pivatsphärenschutz	13	Kartellgesetz	15
Jungfreisinnige	5	Unter Freisinnigen	12	Lehrplan 21	14	Abstimmungen	19/20/21/22/23

21. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Kantonale Abstimmungen

Am 18. Mai befindet das Solothurner Stimmvolk über drei Vorlagen. In dieser Ausgabe finden Sie die Argumente der Befürworter und Gegner des Hooligan-Konkordats (Seite 2) und des neuen Ruhetagsgesetzes (Seite 3). Die FDP-Delegierten fassen die Parolen zu diesen Geschäften am 23. April. Zum Energieartikel (Seite 4) hat der Parteivorstand bereits eine Nein-Empfehlung ausgegeben.

Seiten 2, 3 und 4

Ciao, caro Fulvio!

Mit seinem unermüdlichen Einsatz für liberale Werte hat Fulvio Pelli die FDP und die Schweiz geprägt. Mit seinem Abschied von der nationalen Bühne geht ein ganz grosser Politiker. Neu wird Giovanni Merlini als sein Nachfolger die Interessen des Kantons Tessin in Bern vertreten.

Seiten 8 und 9

Mindestlohn bekämpft Armut nicht

Die Gewerkschaften wollen mit der Mindestlohninitiative ein staatliches Lohndiktat einführen. Damit machen sie die bewährte Sozialpartnerschaft und unser duales Bildungssystem zunichte. Bundesrat Johann Schneider-Ammann erläutert, warum ein Mindestlohn keine Armut bekämpft.

Seiten 20 und 21

«Der Finanzhaushalt ist sparsam und wirtschaftlich zu führen»

Christian Thalmann,
Kantonsrat, Breitenbach

Diese alte kaufmännische Grundregel zitiere ich nicht aus einem Controlling-Handbuch, sondern aus unserer Kantonsverfassung, Artikel 130. Nicht nur Griechenland oder andere quasi-bankrotte Länder ignorieren diese Selbstverständlichkeit, sondern auch ein Teil der Solothurner Politiker. Der Kantonsrat hat am 26. März 2014 zwar den vorgeschlagenen Sparmassnahmen mehrheitlich zugestimmt, gleichzeitig aber grünes Licht für eine Steuererhöhung um 2 Prozentpunkte gegeben, obwohl die Staatssteuer bereits für das laufende Jahr um 2 Prozent erhöht wurde. Die FDP ist gegen diese Steuererhöhung. Der Kantonsrat wird im Dezember 2014 endgültig über den Steuersatz für das Budget 2015 befinden, die nun erfolgte Signalwirkung einer weiteren Steuererhöhung ist hingegen schlecht. Dass sich die SP gegen Ausgabenreduktionen wehrt, hingegen höhere Steuern verlangt, ist seit jeher bekannt. Hilfreiche Unterstützung fanden die Linken bei der CVP: Der



Angriff auf das Portemonnaie des Volkes ist auch bei der «Mitte» nicht mehr tabu. Mit dem genehmigten Massnahmenplan sollte nun das Rechnungsergebnis um zirka 75 Mio. Franken (ab 2015) bzw. 100 Mio. Franken (ab 2016) verbessert werden, sofern allen Detailvorlagen die Zustimmung erteilt wird. Doch bereits droht die Linke mit dem Referendum, sollte die Prämienverbilligung – wie nun im Paket beschlossen – gekürzt werden. Die massgebende Einkommensobergrenze soll reduziert werden, um anstelle der 125 Mio. Franken nur noch 118 Mio. Franken an Prämienverbilligungen ausbezahlen. Die finanziell Schwächsten unserer Gesellschaft erhalten also auch weiterhin volle Hilfe, was auch richtig ist. Die Regierung hat uns soeben eine 160-seitige Vorlage zur Verlängerung der bis Ende 2014 befristeten Ausrichtung von Familien-Ergänzungsleistungen zugestellt. Kostenpunkt der Verlängerung pro Jahr: 5 Mio. Franken – wiederum «befristet» für weitere 5 Jahre ... Aber wie war das nochmals mit ausgeglichenem Haushalt und Sparwillen der Regierung?

Ja zum Hooligan-Konkordat

Keine Chance den Chaoten!

Im November 2013 hat der Solothurner Kantonsrat dem verschärften Hooligan-Konkordat überaus deutlich zugestimmt. Ende Februar ist das Referendum gegen diesen Entscheid mit knapp über 1500 Unterschriften zu Stande gekommen, initiiert von jungfreisinniger Seite. Befürchtet wird vor allem eine Einschränkung der Freiheitsrechte.

**Anita Panzer, Kantonsrätin,
Feldbrunnen-St. Niklaus**

Ich staune. Ist man nicht mehr gewillt, alles gegen die Ausschreitungen im Sportbereich, insbesondere beim Fussball, zu tun? Ist man der Randaliierer und Fackelzünder, der Schläger und Steinwerfer nicht mehr überdrüssig? Ärgert man sich nicht mehr über die Hundertschaften von Polizisten, die während Fussballspielen Ordnungsdienst schieben müssen und die meist dann doch von den Steuerzahlern berappt werden müssen, weil die Kosten nicht auf die Klubs überwält werden können? Das Konkordat bietet



Anita Panzer

präventive Möglichkeiten in Bezug auf Sportveranstaltungen, sodass es eben gar nicht zu Auseinandersetzungen

zwischen verschiedenen Fangruppierungen oder der Polizei kommen soll: z. B. Rayonverbot und Meldeauflage («Melde dich vor Spielbeginn auf einem weit vom Spielort entfernten Polizeiposten!»). Diese Massnahmen werden ausgesprochen, wenn beispielsweise jemand eine Körperverletzung, eine Sachbeschädigung, Brandstiftung, Landfriedensbruch begangen, Polizisten bedroht hat oder gegen sie gewalttätig geworden ist. Ausserdem sieht das Konkordat neu eine obligatorische Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele der obersten Spielklasse vor. Die Bewilligungspflicht bietet Auf-

lagemöglichkeiten wie Einschränkungen beim Alkoholverkauf, Regeln für einen kontrollierten Verkauf von Eintrittskarten oder für die An- und Rückreise der Fans.

Das Konkordat ist darum sinnvoll, weil es der Prävention und der Sicherheit der Besucherinnen und Besucher von Sportveranstaltungen dient. Wir wollen nicht zu einem Schlupfloch-Kanton werden, in welchem plötzlich Spiele der obersten Klassen auswärtiger Klubs ausgetragen werden, gerade weil wir hier keine Bewilligungspflicht kennen und darum auch keine Auflagen machen können – keine Chance den Chaoten!

Nein zum Hooligan-Konkordat

Nein zu Gewalt! Nein zum verschärften Konkordat!

Vielleicht haben Sie sich die Frage auch schon gestellt, warum die Jungfreisinnigen Sektion Gäu das Referendum gegen das sogenannte Hooligan-Konkordat ergriffen und sich somit auf die Seite der «Chaoten» geschlagen haben.

**Mike Bader, Vizepräsident
Jungfreisinnige Kt. Solothurn,
Olten**

Beispielsweise sollen Intimkontrollen bei 16-jährigen Matchbesuchern erlaubt sein, ohne dass diese dabei die Möglichkeit haben, sich der «Untersuchung» zu entziehen. Wer ausgewählt wird, kann nicht einmal mehr auf den Besuch des Spiels verzichten, sondern wird in einen separaten Raum geführt, wo dann vom Sicherheitspersonal inklusive der Körperöffnungen alles kontrolliert werden darf. In Lausanne wurden diese Bestimmungen rigoros umgesetzt – so werden die Cars der



Mike Bader

gegnerischen Fans in einen abgesperrten Bereich in der Nähe des Stadions geführt, wo man sich ausweisen muss,

um ein erstes Drehkreuz passieren zu können. Beim zweiten Drehkreuz wird dann zudem von jedem Matchbesucher ein Foto gemacht. Berner Fans haben diese Massnahmen zu Recht als Guantanamo bezeichnet. Ob dies des Schweizer Rechtssystems würdig ist? Unserer Meinung nach nicht.

Ein anderer Punkt, der aus unserer Sicht gar eine Abkehr der bisherigen Rechtspraxis darstellt, ist, dass glaubhafte Aussagen eines Stadionmitarbeiters bereits reichen, um als Matchbesucher mit Sanktionen belegt werden zu können. Konkret dürfen Sie als unbescholtener Matchbesucher künftig Ihre Unschuld beweisen. Da-

durch erfolgt eine Vorverurteilung von Letzterem, wobei die Gewaltentrennung faktisch ebenfalls ausgehebelt wird, da dieser Stadionmitarbeiter, Polizist und Richter in einem ist.

Sie sehen also, wir vertreten in dieser Sache nicht die Chaoten, sondern jeden Matchbesucher, der nicht bereits an seiner Haustür seine Persönlichkeitsrechte abgeben will, den Steuerzahler, der genug hat von den Einsatzstunden der Polizei und zu guter Letzt den kleinen Jungen, der seine Idole an einem Cupspiel in Subingen bestaunen will. Deshalb gilt am 18. Mai 2014: Nein zu Gewalt! Nein zum verschärften Konkordat!

Ja zum Ruhetagsgesetz

Betttag: In Notzeiten von der Obrigkeit verordnet

Andreas Gasche,
Geschäftsführer kgv,
alt Kantonsrat, Oekingen

Wenn wir am 18. Mai 2014 über die Totalrevision abstimmen, so herrscht über fast alle Punkte Einigkeit. Das Gesetz ist über 50 Jahre alt, und gewisse Punkte sind von der Realität überholt worden und mussten angepasst werden. Obwohl der Kantonsrat der Totalrevision im Verhältnis 7:2 zugestimmt hat, kommt die Vorlage im Mai zur Abstimmung. Umstritten war im Kantonsrat der Entscheid, den Betttag als gewöhnlichen Feiertag zu begehnen.

Es geht in dieser Debatte aber nicht darum, einen Sonntag abzuschaffen, und auch nicht darum, die Läden länger offen halten zu können. Diese Frage wird später im Wirtschafts- und



Andreas Gasche

Arbeitsgesetz diskutiert. Zurzeit sind Neujahr, Auffahrt, 1. Mai ab 12.00 Uhr sowie – mit Ausnahme Bezirk Bucheggberg – Fronleichnam, Mariä Himmelfahrt, Allerheiligen Feiertage. Neu soll auch der Eidgenössische Betttag ein Feiertag werden.

Die hohen Feiertage sind: Karfreitag, Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Das sind aus der Sicht einer christlichen Gesellschaft nachvollziehbare und unbestrittene Feiertage. An hohen Feiertagen explizit verboten sind: Schiessübungen, Sportveranstaltungen, öffentliche Veranstaltungen und Umzüge sowie die Sportfliegerei. Bei einer Annahme des Gesetzes wäre der Betttag neu von diesen vier Verboten ausgeklammert und mit den normalen Feiertagen gleichgestellt.

Der Eidgenössische Dank-, Buss und Betttag ist ein staatlich angeordneter, überkonfessioneller Feiertag. Der Betttag überdauerte Helvetik, Mediation und Restauration. Seine Anordnung ist Sache der Kantone bzw. der reformierten kantonalen Oberbehörden und der katholischen Bistümer. In der Zeit seiner Einführung

waren die Ängste der Leute, dass man an einem Feiertag Geschäfte machen könnte, unbegründet. Die Leute gingen zur Kirche, danach war rund um die Kirchen Markt. Die Bauern boten ihre Waren feil. Der Sonntag war zu dieser Zeit wahrscheinlich kommerzieller als heute.

Die heutige Gesellschaft hat sich gewandelt. Es ist unbestritten, dass der Mensch auch in der heutigen Zeit ruhige und besinnliche Momente braucht. Aus liberaler Sicht ist es aber nicht nachvollziehbar, dass diese durch den Staat verschrieben werden. Alles in allem geht es bei dieser Abstimmung nicht um die Abschaffung eines Feiertages, sondern lediglich um die Anpassung des Feiertages an die heutigen Begebenheiten. Ich empfehle Ihnen also, beim Ruhetagsgesetz ein Ja in die Urne zu legen.

Nein zum Ruhetagsgesetz

Nein zur Abschaffung des Bettages als hoher Feiertag

Hans Leuenberger,
Präsident Ref. Bezirkssynode
Solothurn, alt Kantonsrat,
Nennigkofen

Mit einer Zweidrittelmehrheit wurde durch den Kantonsrat beschlossen, den Betttag auf einen normalen Feiertag zurückzustufen. Der Antrag wurde von verschiedenen Interessengruppen gestellt, aber hauptsächlich geht es den Befürwortern um die HESO, wie schon im Jahr 2005. Damals wurde die Herabstufung mit 70 Prozent abgelehnt. Ich finde es eine Zwängerei, nur neun Jahre später wieder mit den gleichen Argumenten den Betttag «abschaffen» zu wollen.

Der Betttag ist ein staatlich angeordneter überkonfessioneller Feiertag, und wird heute vor allem von den



Hans Leuenberger

christlichen Kirchen und der Israelitischen Kultusgemeinde gefeiert. Der Betttag wurde vor über hundert Jahren durch den Bundesrat eingeführt als Dank dafür, dass die Schweiz von kriegerischen Auseinandersetzungen verschont blieb. Es soll ein friedliches

Zusammenleben im Staat gefördert werden, auch unter konfessionell Andersdenkenden.

Auch als sehr liberal denkender Bürger bin ich für die Beibehaltung des Bettages als hoher Feiertag. Es muss nicht alles Bewährte aus kommerziellen Gründen abgeschafft werden. Einen Tag der Besinnung abzuschaffen, dafür Slow-Ups organisieren, um sich – nach Aussagen der Organisatoren – zu «entschleunigen», widerspricht den Argumenten der Befürworter. Es ist der klare Beweis, dass Kommerz, Vermarktung und Gewinn ihre Hauptanliegen sind.

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem raschen Wandel, verbunden mit Hektik und Stress. In einem Umfeld mit einer Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit sollte, nein, muss es möglich

sein, einen Tag pro Jahr innezuhalten, sich zu besinnen und dankbar zu sein, dass es uns in der Schweiz sehr gut geht.

Die Unterschriftensammlung für das Referendum in nur vierzehn Tagen, mit über 4500 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern, beweist, dass sehr vielen Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Kantons der Betttag ein sehr wichtiger Feiertag ist und bleiben soll. Dass aus wirtschaftlichen Gründen ein Feiertag für ein KMU nicht tragbar ist, bezweifle ich. Ich bin überzeugt, dass es während der restlichen 364 Tage genügend Möglichkeiten gibt, Grossanlässe und Events zu veranstalten und durchzuführen.

Stimmen Sie Nein am 18. Mai zur Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage.

Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung

Nein zu teuren und unnötigen Zwangsmassnahmen im Energiebereich

Daniel Probst, Direktor SOHK, Gemeinderat, Olten

Am 18. Mai 2014 stimmt der Solothurner Soverän über eine Änderung der Kantonsverfassung ab. Bei der vorgeschlagenen Ergänzung drohen Zwangsmassnahmen im Energiebereich mit entsprechenden Kosten für Industrie und Konsumenten.

Aktueller Verfassungsartikel hat sich bewährt

Bereits heute können Kanton und Gemeinden gemäss Artikel 117 der Kantonsverfassung «Massnahmen treffen zur Sicherstellung einer umweltgerechten und wirtschaftlichen Versorgung mit Energie und zu ihrer sparsamen Verwendung». Damit werden



Daniel Probst

die geltenden Grundsätze aus der Bundesverfassung übernommen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass diese Formulierung genügende Grundlage für eine vernünftige Förderung erneuerbarer Energie und der Energieeffizienz ist.

erbarer Energie und der Energieeffizienz ist.

In anderen Kantonen, wo darüber hinaus gehende Ergänzungen im Energieartikel vorgenommen wurden, zeigt sich die Problematik nun auf Gesetzesstufe. So wurden Zwangsmassnahmen wie Preiserhöhungen, Verbot von Elektroheizungen und neue Gebäudevorschriften formuliert und vom Volk abgelehnt oder aus Angst vor Abstimmungsniederlagen zurückgezogen.

Industrie und Konsumenten drohen höhere Kosten

Mit der Verfassungsänderung würde der ohnehin schon grassierenden Subventionswirtschaft im Energiebereich weiter Vorschub geleistet. Niemand ist

gegen einen sparsamen Verbrauch und gegen eine effiziente Nutzung von Energie. Dazu braucht es aber im Sinne der deutlich vom Volk angenommenen FDP-Initiative für weniger Bürokratie keine weiteren Vorschriften.

Wo eine übermässige Regulierung hinführt, sieht man durch hohe Energiepreise im Ausland. Und ob sich die im neuen Verfassungsartikel geforderte dezentrale Energieversorgung durchsetzt oder wie sich die neuen Energien wirklich bewähren, ist noch vollkommen offen. Hier sollte der Staat weder lenkend eingreifen noch kostspielige Präferenzen formulieren.

Darum: Nein zu teuren und unnötigen Zwangsmassnahmen im Energiebereich auf Kosten der Industrie und Konsumenten.

Wechsel in den Ortsparteien

Lüterkofen-Ichertswil: Jeffrey Melliger für Peter Kopp

Trimbach: Robert Hess für Hagar Jäggi

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten für ihren Einsatz.

Wechsel im Fraktionspräsidium

Nach seiner Wahl ins Amtsgerichtspräsidium von Solothurn-Lebern ist der bisherige Fraktionschef Yves Derendinger (Solothurn) von seinem Amt zurückgetreten und hat ebenfalls seine Demission als Kantonsrat eingereicht. Anlässlich der Sitzung vom 18. März wählte die Fraktion den 46-jährigen Meister-

landwirt und Gemeindepräsidenten von Schönenwerd Peter Hodel zum neuen Fraktionschef. Wir wünschen beiden Freisinnigen viel Erfolg und Befriedigung in ihren neuen Ämtern. Für Yves Derendinger rückt der Präsident der FDP-Stadtpartei Solothurn Urs Unterlerchner in den Kantonsrat nach.

Veranstaltungen

April 2014

Mi	23.	19.15 Uhr	Kant. Delegiertenversammlung (Kulturfabrik Kofmehl, Solothurn)
Di	29.	15.00 Uhr	Club FDP 2000: Besichtigung SBB-Industriewerkstätten Olten

Mai 2014

Di	6.	19.00 Uhr	Partei Vorstand (Von Arx, Egerkingen)
Mi	7.	13.00 Uhr	Fraktionsausflug (Bezirk Olten)
So	18.		Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

Juni 2014

Mi	25.	19.00 Uhr	Club FDP 2000: Parlamentariergespräch (Sternen, Kriegstetten)
----	-----	-----------	---

Den Jahresterminkalender und weitere Details finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/events



Alter und neuer Fraktionschef: Yves Derendinger und Peter Hodel

Irrsinn Neulenker-Wiederholungskurse

Jungfreisinnige schauen dem Ständerat auf die Finger

Der Ständerat spricht sich für die Neulenker-Wiederholungskurse aus. Wie das Bundesamt für Unfallverhütung aber festgestellt hat, haben diese Kurse keinen positiven Effekt auf die Verkehrssicherheit. Die teuren und unnötigen Kurse gehören somit abgeschafft.

Marcel Schuler,
Vorstand Jungfreisinnige, TG

Junglenker müssen nach der Fahrprüfung zwei obligatorische Kurse absolvieren. Im Schnitt kosten diese 700 Franken. Doch die Wirkung der Kurse ist mehr als fraglich. Seitdem die Zweiphasenausbildung für Neulenker 2005 beschlossen wurde, hat sich eine klare Entwicklung abgezeichnet: Die Zahl der Unfälle, welche durch Neulenker verursacht wurden, ist gesunken. Laut einer Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) ist dieser Effekt jedoch nicht dem Weiterbildungskurs, sondern dem Führerschein auf Probe zu verdanken, welchen die Jungfreisinnigen als sinnvoll betrachten.

Nützt's nüt, so schad's nüt

Dies musste sich der Ständerat gedacht haben. Denn er hat die Motion Wasserfallen zur Abschaffung der Neulenkerkurse abgelehnt. Nachdem der Nationalrat die Motion angenommen hatte, erliegt der Ständerat der Fahrschul-Lobby und hält an den effektlosen Kursen fest.

Für die Jungfreisinnigen ein enttäuschender Entscheid. Dieser Richtungswechsel überrascht, denn der Nationalratsentscheid und die wissenschaftlichen Fakten liessen eine Ablehnung gegenüber den Neulenkerkursen erhoffen.

Das negative Resultat im Ständerat macht deutlich, dass die Politik den Puls des Volkes, gerade denjenigen der jüngeren Generation, nicht deutlich genug spürt. So hatte sich der Ständerat auch während der Frühlingsession 2013 für ein nächtliches Verkaufsverbot sowie für Mindestpreise von alkoholischen Getränken ausgesprochen. Auch dies ist nicht im



Marcel Schuler fordert die Abschaffung des staatlichen Zwangs, der nichts bringt.

Sinne der Jungfreisinnigen und nicht im Sinne einer volksnahen Politik.

Jungfreisinnige fordern Abschaffung

Ein staatlicher Zwang, der nichts bringt, ist nichts wert. Aus diesem Grund werden die Jungfreisinnigen weiterhin die Abschaffung der teuren Wiederholungskurse fordern.

Den Jungfreisinnigen ist es ein Anliegen, die Fahrausbildung effizient und im Sinne der Bürger zu gestalten. Dies zum Beispiel, indem bereits ab 16 Jahren in Begleitung Fahrpraxis gesammelt werden kann. Diese Fahrerfahrung ist, wie im bfu-Bericht mehrfach bestätigt wurde, enorm wertvoll und fördert den sicheren Umgang mit anderen Strassenteilnehmern. Natürlich ist dieser liberale Ansatz nicht im Sinne des Astra, weil dann die Privatpersonen die Verkehrssicherheit selber erhöhen würden und das Astra eine für den Bürger teure Aufgabe weniger hätte.

Wie viel kostet die Fahrausbildung?

Nothelferkurs	Fr.	150.–
Sehtest	Fr.	10.–
Antrag für Lernfahrausweis	Fr.	15.–
Prüfungsgebühr Theorieprüfung	Fr.	40.–
Ausweiskosten (Lernfahrausweis)	Fr.	40.–
Fahrschule (25 Stunden à Fr. 80.–)	Fr.	2000.–
Verkehrskundeunterricht	Fr.	260.–
Fahrprüfung	Fr.	130.–
Ausweisgebühr (prov. Ausweis)	Fr.	35.–
Zweiphasenausbildung	Fr.	770.–
Total	Fr.	3450.–

Gleichberechtigung

Lohnungleichheit noch immer Wunschdenken

Das Geschlecht darf keinen Einfluss auf den Lohn haben. Eigentlich. In der Realität ist die Lohnungleichheit aber leider eine Tatsache. Dagegen anzukämpfen ist eines der Kernziele der *FDP.Die Liberalen Frauen*. Im folgenden Artikel beleuchtet Dr. Britta Engelhardt die wissenschaftlichen Hintergründe des Lohnunterschiedes und fordert Frauen dazu auf, ihre Rolle auf dem Arbeitsmarkt selbstbewusster wahrzunehmen.

Dr. Britta Engelhardt,
Professorin für Immunbiologie,
Direktorin des Theodor Kocher
Institutes, Universität Bern

In der Schweizerischen Verfassung wurde vor über 30 Jahren mit dem Gleichstellungsartikel das Prinzip der Lohngleichheit für alle verbindlich festgelegt. Frauen sind heute gut ausgebildet und zeigen sich, wie der neue Bericht «Women Matter 2013» von McKinsey & Company eindrücklich untermauert, genauso ambitioniert wie Männer.

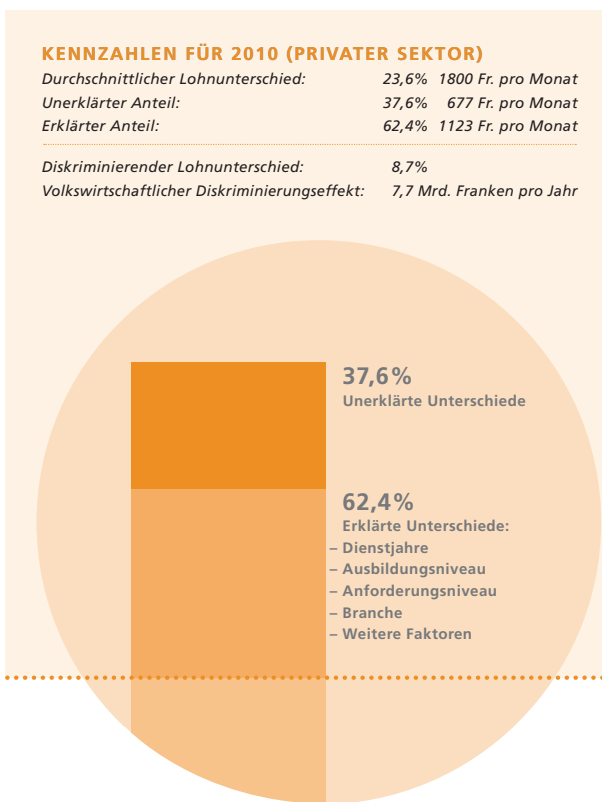
Als Professorin an der Universität Bern begegne ich täglich Frauen auf den verschiedenen Stufen ihres akademischen Werdegangs. Ich erlebe sie als junge, engagierte und talentierte Studentinnen, Doktorandinnen, Assistenzärztinnen und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, die sich motiviert in die Arbeitswelt begeben. Und doch gerät dieser Weg regelmässig auf jener Stufe ins Stocken, an welcher die Positionen mit höherer Verantwortung und Entlohnung anstehen.

Gemäss Schilling-Report gibt es gerade mal 5 Prozent Frauen in der Chefetage. Und bei den Löhnen verdienen Frauen durchschnittlich 18,4 Prozent (Zahlen Bundesamt für Sta-

tistik) weniger als die Männer. Dazu kommt: Je weiter oben man sich auf der Karriereleiter befindet, desto grösser wird der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen. Es ist frustrierend zu sehen, dass diese Lohnunterschiede seit Jahren konstant bleiben.

Akademikerinnen verdienen rund 24 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen

Die Tatsache, dass gerade Akademikerinnen von der Lohndiskriminierung am stärksten betroffen sind, irritiert mich sehr. Eine Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigt, dass Frauen nach Abschluss der Universität rund 24 Prozent weniger verdienen als Männer. Bei Hochschulabsolventinnen und -absolventen hat man herausgefunden, dass Männer häufiger Kaderstellen besetzen als Frauen. Fünf Jahre nach Abschluss besetzen



37,6 Prozent des Lohnunterschiedes sind als Lohndiskriminierung zu werten.

QUELLE: EIDGENÖSSISCHES BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN EBG, «AUF DEM WEG ZUR LOHNGLEICHHEIT! TATSACHEN UND TRENDS», 2013

38,5 Prozent der Männer und nur gerade 26,8 Prozent der Frauen eine Kaderstelle.

Wer jetzt sagt, die Frauen seien ja selber schuld, sie arbeiten halt öfters Teilzeit oder verhandelten nicht gut, und das erkläre den Lohnunterschied – dem muss ich vehement widersprechen. Gemäss den Zahlen im Bericht des BFS «Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frau und Mann» vom Jahr 2013 können rund 62,4 Prozent des Lohnunterschiedes zwischen Frauen und Männern durch objektive Faktoren erklärt werden. Die übrigen 37,6 Prozent des Lohnunterschieds

können allerdings nicht durch objektive Faktoren erklärt werden und sind klar als Lohndiskriminierung zu werten.

Bildung muss sich lohnen!

Die Frauen, die sich top ausbilden lassen, selbstbewusst die Universitäten besuchen und ihren Weg machen, genau diese Frauen scheitern letztendlich doch häufig in der Arbeitswelt, wenn es darum geht, auf höheren Karrierestufen die gleichen Chancen wie die Männer zu erhalten. Das scheint doch paradox!

Aus meiner Sicht ist klar: Die Schweizer Wirtschaft braucht die weiblichen Arbeitskräfte. Da sind wir uns wohl alle einig, vor allem nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Wenn die Schweizer Wirtschaft gegen den zunehmenden

Fachkräftemangel ankämpfen will, muss sie Frauen besser in die Arbeitswelt integrieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

Mein Aufruf: Ihr Frauen, seid euch eures Wertes bewusst und verhandelt selbstbewusst euren Lohn und Aufstiegsmöglichkeiten in euren Betrieben! Ihr Männer in den Führungsetagen, seid selbstbewusst und stellt euch der Herausforderung von der weiblichen Innovationsfähigkeit und Konkurrenz. Es ist mehrfach erwiesen, dass gemischte Teams erfolgreicher arbeiten, was letztendlich allen zugutekommt.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

Am Samstag, 17. Mai, findet von 10.30 bis 14.00 Uhr die Generalversammlung der *FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz* im Forum Odeon in Brugg AG statt.

Die Veranstaltung ist öffentlich:
 Alle interessierten Damen und Herren sind herzlich eingeladen.

Aus organisatorischen Gründen melden Sie sich bitte bis zum 10. Mai bei Claudine Esseiva (esseiva@fdp.ch) an.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.fdp-frauen.ch

Masseneinwanderungsinitiative

Auslandschweizer im Regen stehen gelassen

Die FDP International hat Mitglieder im Ausland gefragt, was ihre persönliche Meinung zum Abstimmungsergebnis vom 9. Februar ist und wie die Schweiz mit diesem Volksentscheid umgehen soll. Hier vier Stimmen dazu.



François Baur

Ständiger Delegierter von Economiesuisse in Brüssel, Präsident FDP International

Schweizerinnen und Schweizer im Ausland haben mit durchschnittlich 65 Prozent Nein-Anteil die Masseneinwanderungsinitiative wuchtig abgelehnt. Bemerkenswert ist, dass zirka zwei Drittel von ihnen auch über einen EU-Pass verfügen und somit kaum von allfälligen Gegenmassnahmen betroffen wären.

Das Abstimmungsergebnis ist ein klares Signal der Schweizer Bevölkerung an die Politik, Lösungen zu finden für eine nachhaltigere Einwanderungspolitik und für die dadurch entstehenden Probleme wie Infrastrukturfragen, Wohnungsknappheit usw. Ob allerdings die Wiedereinführung von Kontingenten und die Bevorzugung von Schweizern bei der Arbeitsplatzvergabe die richtige Antwort auf diese Probleme sind, ist mehr als fraglich.



Elisabeth Michel

Krankenschwester und Präsidentin der Auslandschweizerorganisation Deutschland, Osnabrück

Ich hatte bis zum Schluss auf eine Ablehnung der Initiative gehofft. Das Resultat macht aber deutlich, dass dies auch ein europäisches Problem ist: Viele Menschen in Deutschland hätten genauso abgestimmt. In letzter Zeit wurden Ängste sichtbar, welche instrumentalisiert werden. Das muss zu denken geben!

Europaweit sollte ein Umdenken stattfinden. Die Basis muss in die Entscheidungen mit einbezogen werden, sie muss diese Politik verstehen und nachvollziehen können, damit sie diese auch mittragen kann. Viele Volksvertreter haben vergessen, dass sie vom Volk gewählt wurden.



Simon Reiser

Berater Bank- und Finanzdienstleistungen, Brüssel

Die SVP hat erneut unberechtigte Angst im Schweizer Volk geschürt. Mit der Annahme hat das Volk seine Unzufriedenheit mit den aktuellen aussenpolitischen Tendenzen ausgedrückt. Als Auslandschweizer denkt man weniger an nationale Ängste. Eines bleibt aber klar: Die starke wirtschaftliche Position und der Wohlstand unseres Landes sind kaum auf eine nationale Abschottungspolitik zurückzuführen. Schweizer Unternehmen profitieren dank den bilateralen Verträgen von offenen Märkten. Mit der Annahme dieser Initiative haben wir unsere einmalige Position leichtsinnig aufs Spiel gesetzt. Der Ball liegt nun bei den Parteien, allen voran der FDP, welche sich als Wirtschaftspartei für den langfristigen Erhalt einer wirtschaftlich starken Schweiz einzusetzen hat.



Rémi Daviet

Marketing and Sales Strategist, Web Projects, Montreal/Quebec, Canada

The results of the poll surprised me but I recognize it as the people's will. I don't think it will influence Swiss-Canadian relations very much, in contrast to the European Union.

In the verdicts' aftermath the FDP International needs to play an important role and increase media exposure. It may serve as a crucial intermediary at home and abroad by demonstrating the vital importance of international synergies and openness, in fact serving as a model for many countries.

Where Swiss official international representation weakens, the FDP may seek to fill in the gap and keep the Swiss abroad connected, maintain a positive Swiss image, and facilitate exchanges between foreign and local Swiss communities alike.

Nationalrat Fulvio Pelli verabschiedet sich von der nationalen Bühne

Grazie mille, caro Fulvio!

Mit Fulvio Pelli tritt eine der bedeutendsten Figuren der *FDP.Die Liberalen* von der nationalen Bühne ab. Als ehemaliger Parteipräsident und Vater der Fusion der FDP und Liberalen 2011 hat er unsere Partei bedeutend mitgestaltet. Fulvios unermüdlichem Einsatz für die Freiheit des Einzelnen und die gemeinsame Sache ist es zu verdanken, dass ich heute als Präsident sein Werk weiterführen darf. Mit grosser Dankbarkeit schaue ich zurück und freue mich, in seiner Spur zusammen mit unserer Fraktionspräsidentin Gabi Huber die Zukunft der FDP und damit auch die unseres Landes zu gestalten.

Philipp Müller,
Parteipräsident, Nationalrat, AG

«In der Ruhe liegt die Kraft.» Diesen Ausspruch von Fulvio Pelli werde ich von ihm mitnehmen. Als Politiker hat er sich durch seine langfristige und strategisch wohlüberlegte Art ausgezeichnet. Während seiner Amtszeit hat Fulvio immer wieder Allianzen mit anderen Parteien geschmiedet.

Mit dem Einzug Didier Burkhalers in den Bundesrat im September 2009 konnte er unseren Sitz verteidigen. Der Erfolg wiederholte sich ein Jahr später mit der Ersatzwahl von Johann Schneider-Ammann nach dem Rücktritt von Hans-Rudolf Merz. Der Erhalt dieser FDP-Doppelbesetzung im Bundesrat ist massgeblich auch Fulvio Pelli zu verdanken.

Fusion der FDP und Liberalen zur «FDP.Die Liberalen»

Dieser und weitere Erfolge wären kaum möglich gewesen ohne die hervorragende Arbeit Fulvio Pellis bei der inneren Reform der FDP. Mit beeindruckender Geduld, Beharrlichkeit und stoischer Ruhe gelang es Fulvio, zusammen mit unserer Fraktionspräsidentin Gabi Huber, die in der Fraktion herrschenden Flügelkämpfe zu beenden und die Fraktion zu einen. Und wenn wirklich nötig, wusste sich Fulvio mit seinem lateinischen Temperament auch einmal lautes Gehör zu verschaffen.

Zu den Höhepunkten seines Schaffens gehören eindeutig die Fusion zwischen der FDP und den Liberalen im Jahr 2011 und die Grundsteinlegung der «FDP.Die Liberalen». Die drei Kernbotschaften «Arbeitsplätze



Grazie mille, caro Fulvio! Die FDP wünscht Fulvio Pelli hier gemeinsam mit Frau Claudia alles Gute für die Zukunft.

schaffen», «Bürokratie abbauen» und «Sozialwerke sichern» haben für die Partei auch heute noch Gültigkeit. Zusammen mit Gabi Huber und Generalsekretär Stefan Brupbacher bildete Fulvio ein perfekt eingespieltes Team. Ich schätze es daher umso mehr, heute von dieser bewährten Zusammen-

arbeit zwischen Fraktions- und Parteipräsidium profitieren zu können.

Liberaler müssen Migrationspolitik betreiben

Inhaltlich legte Fulvio den Fokus früh auf eine Verschärfung der Migrationspolitik und grenzte die Partei erfolg-

reich von der SVP ab. Im Sinne des liberalen Vordenkers Ralf Dahrendorf erkannte Fulvio richtig, dass dieses bedeutende Politikfeld nicht Populisten überlassen werden durfte.

Ein zentrales Anliegen Fulvios war immer die Freiheit des Einzelnen, die aber mit der Übernahme von Verantwortung einhergehen muss. Entsprechend wehrte er sich vehement gegen die Exzesse einzelner Vertreter der Finanzindustrie, die er auch einmal als Söldner bezeichnete.

Glaube an das Gute im Menschen

Die Offenheit und der Glaube an das Gute im Menschen, mit welchem Fulvio auch mir begegnete, werde ich nie vergessen. Ich stiess als Quasi-Aussen-seiter zur Partei. Mit grosser Dankbarkeit schaue ich auf das von Fulvio Erreichte zurück. Ich bin froh, dass er mir auch in Zukunft mit guten Ratschlägen zur Seite steht.

Per l'amore della libertà, per l'amore della Svizzera.

Jetzt Newsletter abonnieren

Dieses Würdigung Fulvio Pellis von unserem Parteipräsidenten ist im März-Newsletter erschienen. Das gegenüberliegende Interview erscheint im April-Newsletter.

Wollen auch Sie als erste informiert sein, dann melden Sie sich für unseren Newsletter an.

www.fdp.ch/kommunikation/newsletter/abonnieren

Giovanni Merlini wird Nachfolger von Fulvio Pelli

«Verständnis für das Tessin schaffen»

Im «Freisinn» sprechen der abtretende Nationalrat Fulvio Pelli und dessen Nachfolger Giovanni Merlini über die Rolle des Tessins in der Schweiz. Wie es nach dem deutlichen Ja des Tessins zur Masseneinwanderungsinitiative mit der Grenzgängerproblematik weitergeht, weshalb es eine zweite Gotthardröhre braucht und wann es wieder einen Tessiner Bundesrat gibt.

Fulvio Pelli, Sie verabschieden sich nach über vier Jahrzehnten von der politischen Bühne. Ein trauriger oder ein freudiger Abschied?

Pelli: Ein freudiger und doch emotionaler Abschied. Ich habe das Gefühl, zusammen mit den anderen Freisinnigen und Liberalen meiner Generation gute Arbeit geleistet zu haben. Der Schweiz geht es gut. *FDP. Die Liberalen* hat nach einer schwierigen Erholungsperiode neue Chancen auf Erfolg und beginnt auch bei Wahlen wieder zu reüssieren.

Giovanni Merlini, Sie treten in die grossen Fussstapfen von Fulvio Pelli. Was beeindruckt Sie an ihm, und welche Ziele verfolgen Sie in Bern?

Merlini: Fulvio hat sich stets für eine wettbewerbsfähige Schweiz eingesetzt. Die Eckpfeiler seines politischen Handelns waren Freiheit, Eigenverantwortung, Reformbereitschaft, Offenheit und Mut zum Fortschritt. Diese Grundwerte des Freisinns will ich weiter pflegen. Auch möchte ich der Tessiner Kultur zu einer breiteren Wahrnehmung auf Bundesebene verhelfen. Schliesslich will ich die aktuellen Probleme meines Kantons in Bern aufzeigen, um ein besseres Verständnis für das Tessin zu schaffen.

Fulvio Pelli, welche Ratschläge geben Sie Ihrem Nachfolger mit auf den Weg?

Pelli: Die Schweizer Politik wird populistischer: Immer mehr Politiker sagen nur, was die Bevölkerung hören möchte. Die FDP wirkt anders. Wir vertiefen uns in die Probleme und schlagen zukunftsorientierte Lösungen nach dem liberalen Modell vor. Mein Wunsch und meine Überzeugung ist, dass Merlini so bleibt, wie er immer war: liberal, solid und konkret.

Sie vertraten die liberale italienisch-sprechende Schweiz im Parlament. Wie einfach war das?

Pelli: So einfach war es nicht. Oft wird vergessen, dass die Schweiz eine Mischung von verschiedenen Kulturen ist, die immer erfolgreich zusammengewirkt haben. Dieser Dialog zwischen den Schweizer Kulturen ist aber nicht selbstverständlich und muss deshalb ständig gefördert und gepflegt werden.

Im Hinblick auf das grosse Ja des Kantons Tessin zur Masseneinwanderungsinitiative: Wie sehen Sie die Zukunft für den Südkanton?

Merlini: Ohne Zusammenarbeit mit Sozialpartnern und Vertretern der verschiedenen Arbeitsmarktbereiche kann kaum eine tragfähige und nachhaltige

Lösung gefunden werden. Eine starke Einschränkung der ausländischen Arbeitskräfte im Tessin würde die wirtschaftliche Entwicklung auf der Alpensüdseite bedrohen. Wir würden an Konkurrenzfähigkeit einbüßen.

Pelli: Ich bin überzeugt, dass das Tessin ein Verlierer im Kampf um die Kontingente sein wird.

Die FDP des Kantons Tessin will ja das Grenzgängerabkommen mit Italien kündigen. Weshalb das?

Merlini: Das Tessin hat heute eine grosse Anziehungskraft für viele Grenzgänger aus Italien. Die FDP will diese Anziehungskraft drosseln und das 1974 mit Italien geschlossene Abkommen aufkündigen. Künftig würde das Einkommen der Grenzgänger in Italien, und zwar unter Abzug der in

der Schweiz geschuldeten und einbezahlten Steuern, veranlagt und besteuert. Somit wäre die Gleichbehandlung der Grenzgänger und der anderen Arbeiter, die in Italien ordentlich besteuert werden, wiederhergestellt. Gleichzeitig verlöre der Tessiner Arbeitsstandort für viele Grenzgänger seine Anziehungskraft.

Herr Merlini, weshalb braucht es eine zweite Röhre am Gotthardtunnel?

Merlini: Anlässlich des furchtbaren Verkehrsunfalls im Gotthardtunnel von 2001 haben wir erlebt, was es bedeutet, während mehrerer Monate vom Rest der Schweiz ganz abgeschnitten zu sein. Die Folgen für unsere stark vernetzte kantonale Wirtschaft waren verheerend. Ein Bundesstaat, der seinen Föderalismus ernst nimmt, kann sich einfach nicht leisten, dass einer seiner Kantone isoliert bleibt.

Wann gibt es wieder einen Bundesrat aus dem Tessin? Fulvio Pelli wurde ja als Kandidat gehandelt ...

Merlini: Hoffentlich bald! Ich muss ja nicht darlegen, wie wichtig es für den föderalistischen Zusammenhalt unseres Bundesstaats ist, dass auch ein Vertreter der italienisch sprechenden – und denkenden – Schweiz in der Landesregierung mitentscheiden kann.

Pelli: Ich bin etwas weniger optimistisch. Um Bundesrat zu werden, braucht ein Kandidat nicht nur Anerkennung für seine Arbeit, sondern auch Glück: die richtige Partei im richtigen Moment zu vertreten, den fünften Deutschschweizer oder den dritten Welschen ersetzen zu können, usw. Dass alles in diesem Sinne stimmt, ist eine Seltenheit. Aber wie heisst es doch: Die Hoffnung stirbt zuletzt (lacht).



«Ich möchte der Tessiner Kultur zu einer breiteren Wahrnehmung auf Bundesebene verhelfen», sagt der neue Tessiner Nationalrat Giovanni Merlini.

Schweizer Unternehmer in China

Nachhaltige Landwirtschaft ist auch in China aktuell

Den liberal denkenden Hans Martin Galliker zog es vor 4 Jahren nach China. Seine Visionen von nachhaltiger Landwirtschaft will er im Reich der Mitte verwirklichen. Er stellt seine Projekte vor und erklärt, weshalb die Schweiz innovativ bleiben muss.

Herr Galliker, Sie sind selbstständig in China tätig. Erklären Sie uns, was Sie machen und welche Visionen Sie haben.

Mein grosses Ziel ist, die Idee nachhaltiger Landwirtschaft, die ich in der Schweiz mit auf den Weg bekommen habe, in Projekten in China einzubringen. Mit meinem IT-Background engagiere ich mich in Projekten, woraus Firmen oder NPOs entstehen. Die Diskussion um die Nahrungsmittelsicherheit oder die Entstehung von Biobewegungen in der Schweiz haben mich schon immer fasziniert. In China kann ich mich nun aktiv in diesem Bereich betätigen.

Ich habe mir vorgenommen, 10 Jahre in China zu sein, und will in dieser Zeit Kapital, Wissensressourcen und ein Netzwerk zum Staat, zu privaten Unternehmen und Non-Profits aufbauen. Diese drei Ressourcen sollten mir ab 2020 ermöglichen, in einem Kernland der chinesischen Entwicklung, z.B. Tansania, im grossen Stil

Hans Martin Galliker wurde 1980 in Beromünster LU geboren und absolvierte eine Berufslehre zum Landwirt. Mit 20 suchte er einen Tapetenwechsel, zog nach Zürich, verkaufte PCs und später Rechenzentren von IBM. Während einem Studienaufenthalt in Peking fing er an mit Projekten zur Förderung von Chinas Landwirtschaft. Seit 2011 lebt der Agrar- und IT-Experte als selbstständiger Social Entrepreneur in China. Galliker sieht sich als liberaler Geist, der seine Werte wie Freiheit und Selbstverantwortung in der Volksrepublik China einbringt.



«Nachhaltigkeit ist auch für die 1,3 Milliarden Chinesen ein grosses Bedürfnis», so Hans Martin Galliker.

Permakulturprojekte zu initiieren und zu fördern. In Ländern mit wenig Rechtssicherheit sind starke Partner im Rücken zwingend notwendig, um Nägel mit Köpfen zu machen.

Ihre Dachprojektgruppe heisst Agrachina. Was können wir uns darunter vorstellen?

Agrachina wurde von mir vor 5 Jahren gegründet und verkörpert meine Mission. Damit unterstütze ich Projekte,

bei denen ich mitarbeite oder die ich gegründet habe. Eines meiner Hauptprojekte ist NEEMIC, ein Unternehmen, das Biotextilien in China populär

«Als Pioniere nachhaltiger Mode mangelt es uns nicht an Herausforderungen.»

machen will. China ist eines der grössten Abnehmerländer und das grösste Produktionsland von Kleidern. Wir

wollen zertifizierte Biostoffe einsetzen, um Mode herzustellen, die nach Mode aussieht und nicht das Stigma der Biomode trägt. Wir sind hier in China Pioniere, die Umstände sind dementsprechend nicht immer einfach. Trotzdem schafften wir es, für Nachhaltigkeit zu werben und positiv zu wirken. Der ganzen Wertschöpfungskette entlang – von der Beschaffung der Stoffballen bis hin zum Versand – gibt es aber noch grosses Entwicklungspotenzial, auch bei uns, nicht nur bei den grossen Modeketten. Von Letzteren haben viele Leute genug, deshalb sehe ich immenses Wachstumspotenzial für ökologisch und sozial nachhaltige Mode.

Was ist Ihre konkrete Aufgabe bei NEEMIC?

Ich gründete NEEMIC zusammen mit meiner Schweizer Partnerin Amihan Zemp. Ich bin fürs Geschäftliche verantwortlich und sie fürs Kreative. Die Tätigkeit in all diesen Bereichen absorbiert mich stark. Gleichzeitig sehe ich, wie interessant dieses Projekt ist, weil es eine Breitenwirkung entfaltet und Mode Leute zum Träumen bringt.

Dieses Projekt wird in den nächsten Monaten zum Durchbruch kommen. Wir sind mit potenziellen Investoren im Gespräch, um Skaleneffekte zu erzielen, und bereiten das Marketing intensiv darauf vor. So planen wir eine 100-Prozent-Bio-Linie mit Chinas

bekanntester Modeunternehmerin, einen Dokumentarfilm mit der «Vogue» China, weltweiten Vertrieb und vieles

mehr. Anfang Jahr, aus Anlass des chinesischen Neujahrsfests, hatten wir einen Auftritt in der zweitgrössten chinesischen TV-Show, vor 200 Millionen Zuschauern!

Wieso China?

Von 2006 bis 2010 absolvierte ich ein Studium in Wirtschaftskommunikation an der HWZ Zürich. Während eines Austauschsemesters im Jahr 2008 in Peking wollte ich das Land und die Kultur kennenlernen.

2009 ging ich noch einmal, und diesmal mit bestimmten Ziel, nach

und zunehmend individuellen Wohlstand, um Freiheiten wie Ferien oder Weiterbildungen zu ermöglichen.

Was halten die Chinesen von liberalen Grundsätzen wie Eigenverantwortung und Selbstbestimmung?

Die persönliche Freiheit ist in China grösser als man meinen könnte. Eigentlich kann man machen, was man will, solange man nicht wegen sozialer Ungerechtigkeit, Umweltverschmutzung und sonstiger Probleme der Einparteienregierung öffentlichkeitswirksam die Legitimation abspricht.

«China muss innovativ sein, um in der Wertschöpfungskette weiter emporzusteigen.»

China. Für sieben Wochen mietete ich ein Auto, nahm zwei Übersetzerinnen mit und bereiste 17 der 33 Provinzen. Ich ging zu Landwirtschaftsuniversitäten, auf Bauernhöfe, in Traktorfabriken, Gemüsehandelsstätten, besuchte alles, was irgendwie in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette liegt. Die Umweltverschmutzung, die Geringschätzung der Landwirtschaft, die Nahrungsmittelskandale, damals der Milchskandal, all diese Probleme gaben mir die Gewissheit, dass ich mit

Das Gefühl für Eigenverantwortung ist in China durchschnittlich weniger ausgeprägt als in der Schweiz. China wurde erst von regionalen Fürsten, Kriegsherren, vom kaiserlichen konfuzianisch geprägten Hofstaat, und dann maoistisch-kommunistisch regiert. Von oben herab – als normaler Bürger hatte man wenig zu melden, erst recht nicht als Leibeigener.

Sich individualistisch zu emanzipieren, gilt als eher ungewöhnlich, ist aber im Zunehmen begriffen, nicht

«Wir wollen Mode herstellen, die nach Mode aussieht und nicht das Stigma der Biomode trägt.»

meinem Hintergrund in diesem Land etwas zur Entwicklung beitragen kann. Zu diesem Zeitpunkt interessierten sich nur Eingeweihte für die Landwirtschaft, geschweige denn sich für Biolandwirtschaft engagieren. In nur 3 bis 4 Jahren hat sich das massiv gewandelt.

Wie unterscheidet sich das Leben in China von dem in der Schweiz?

Wenn man in China lebt, merkt man, dass vieles ähnlich zur Schweiz ist. Die Grundbedürfnisse der Menschen sind die gleichen: Die Leute wollen zu essen, Selbstbestätigung, Sicherheit, Ausbildung für sich und für die Kinder. Obwohl es sich auf dem Papier um einen kommunistischen Staat handelt, dreht sich alles um die Wirtschaft, ums Geldverdienen, um familiären

zuletzt wegen den neuen Kommunikationsmöglichkeiten, die das Internet bietet.

Wie nehmen Sie die chinesische Politik wahr?

Das Politbüro hat es geschafft, ein Land, das in Trümmern lag, aus dem Schlamassel zu führen, hin zu einer neuen Mittelklasse. Dies nach über 150 Jahre der Ausplünderung, Misswirtschaft des Kaisertums, schwieriger Staatenbildung mit Bürgerkrieg und Selbstzerfleischung zu Maos Zeiten. Inzwischen haben sogar die meisten Bauern eine Basiskrankenversicherung (Anm.: ärmeren Städtern ist diese noch vergönnt).

Der riesige Staatsapparat ist durchsetzt von Korruption und zuweilen Ineffizienz, doch es gibt auch positive

Ansätze. Die meisten meiner chinesischen Freunde sehen das auch so, verhalten sich aber apolitisch, schlucken diesen Zustand, wie er ist. Stattdessen frönen sie dem Materialismus. Nicht ohne Ironie stellt man fest, dass hippe Atemschutzmasken in Peking der Renner sind.



«Wir wollen Biomode schaffen, die nach Mode aussieht», Ziel der Firma NEEMIC.

Die Schweiz ist Innovationsweltmeister, China hat sehr starkes Wachstum. Wie sehen die wirtschaftlichen Entwicklungen der beiden Länder aus?

«In Ländern mit hoher Rechtsunsicherheit sind starke Partner im Rücken zwingend notwendig, um Nägel mit Köpfen zu machen.»

China verdankt seinen Aufschwung der Billigproduktion. Dies hat funktioniert, da das Gedankengut der west-

lichen Welt umgesetzt wurde. Inzwischen ist der Lebensstandard in China so stark gestiegen, dass es eigentlich gar kein reines Billigproduktionsland mehr ist.

Heute lagert China die Produktion aus nach Afrika, Nordkorea, Laos und viele andere Länder. Investieren, um billiger zu werden, macht für China keinen Sinn mehr, da es immer mehr Kosten, die externalisiert wurden, jetzt internalisieren muss. Jetzt sind Qualität und Innovation gefragt, um in der Wertschöpfungskette weiter emporzusteigen.

Deshalb treibt China den Aufbau der Wissensgesellschaft voran, macht sich auf, Marken, die bis anhin nur Chinesen geläufig waren, zu Weltmarken aufbauen. Erste Erfolgsbeispiele sind der Telekommunikationsausstatter Huawei oder die trendige Mobile App WeChat. Auch decken die staatlich gelenkten Banken Übernahmen im Ausland, man denke an IBMs Thinkpads durch Lenovo oder Volvo durch Geely. In zehn Jahren wird es viele chinesische Weltmarken geben. Welche? Das ist wegen der grossen Marktdynamik nur schwer vorauszusagen.

Die erforderlichen Innovationen in Forschung und Marketing erfordern gebildete Köpfe, die sich frei ausdrücken können. China bereitet sich für den Pluralismus vor. Es wird in Zukunft mehr individuelle Freiheit in China geben – weil es gar nicht anders geht. Wenn eine neue Supermacht wie China sich zum Innovationsstandort entwickelt, lohnt es sich für die Schweiz, die Beziehungen auf allen Ebenen zu vertiefen – in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Ausbildung. Das Freihandelsabkommen ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zusätzlich ist die Schweiz gut beraten, die Rahmenbedingungen, welche Innovation ermöglichen und fördern, kontinuierlich zu hinterfragen und zu

optimieren. Selbstzufriedener Stillstand und Abschottung werden ins Verderben führen!

Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative

Die neue Verfassungsbestimmung als Herausforderung für die Schweizer Europapolitik

Das Stimmvolk und eine Mehrheit der Stände haben am 9. Februar mit der Annahme der Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» einer Steuerung der Migration mit Kontingenten zugestimmt. Damit wird unsere bisherige Migrationspolitik auf Basis der Personenfreizügigkeit, und somit auch die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU), auf eine neue Grundlage gestellt.

Liebe Freisinnige

Der Fahrplan des Bundesrates ist klar: Bis Juni 2014 werden ein Umsetzungs-konzept und bis Ende Jahr ein Gesetzesprojekt, unter Konsultation aller betroffenen Kreise, erarbeitet. Das Ziel ist es, bis im Februar 2017 den Volksentscheid umzusetzen.

Die neuen Verfassungsbestimmungen sehen für die Umsetzung eine Frist von drei Jahren vor. Der Bundesrat steht in Kontakt mit seinen europäischen Partnern, um zu prüfen, wie das bestehende oder allenfalls anzupassende Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) und die neuen Verfassungsbestimmungen bestmöglich in Einklang gebracht werden können.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass eine Lösung betreffend das weitere Vorgehen für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien gefunden werden kann, die eine Diskriminierung verhindert. Dies ist zentral, um in verschiedenen offenen Dossiers weiterzukommen und die von der EU sistierten Verhandlungen, namentlich im Forschungsbereich, wieder in Gang zu bringen.

Zusammenhalt, Ruhe, Klarheit

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zeigt exemplarisch, wie stark Innen- und Aussenpolitik zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen. Um dabei Kohärenz und Glaubwürdigkeit zu wahren, ist es zentral, sowohl im In- als auch im Ausland die gleiche Botschaft zu vermitteln. In dieser Situation sind für unser Land Zusammenhalt, Ruhe und Klarheit entscheidend: Diese drei



«Zusammenhalt, Ruhe und Klarheit sind entscheidend, um eine gute Lösung zu finden», sagt Bundespräsident Didier Burkhalter.

Werte müssen im Vordergrund stehen, sowohl in Bezug auf das Abstimmungsresultat wie auch bezüglich dessen Konsequenzen.

Der bilaterale Weg stellt für unser Land die einzige Option dar, die sowohl die nationale Kohäsion gewährleistet, als auch unseren Wohlstand und unsere Unabhängigkeit sichert. Der Bundesrat wird deshalb weiterhin alles daransetzen, den bis anhin erfolgreichen bilateralen Weg weiterzuentwickeln und gleichzeitig die neue Verfassungsbestimmung umzusetzen.

Offene Dossiers

Nach dem 9. Februar befinden wir uns in einer schwierigen Phase. Gleichzeitig dürfen wir auch die anderen verfassungsmässigen Ziele der Schweiz – die Wahrung von Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlstand – nicht aus den Augen verlieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Verhandlungen und Diskussionen mit der EU in den verschiedenen offenen Dossiers weiterführen. Das gilt für die institutionellen Fragen genauso wie für die Strom-, Forschungs-, Kultur- und Bildungsverhandlungen oder die Gespräche und Verhandlungen im Steuerbereich.

Die Lösungssuche wird schwierig sein. Ein Erfolg ist angesichts der Ausgangslage alles andere als garantiert. Der Bundesrat wird die sich stellenden Herausforderungen aber entschieden angehen. Mit Ruhe und Beharrlichkeit. Dabei wird er stets die Interessen der Schweiz im Blick haben und diese konsequent verteidigen.

**Ihr Bundespräsident
Didier Burkhalter**

Privatsphärenschutz im digitalen Zeitalter

Cyberkriminalität: Identitätsdiebstahl muss bestraft werden!

Mit der technologischen Entwicklung sind rechtliche Unklarheiten entstanden. Das heutige Strafbuch weist Lücken bei der Cyberkriminalitätsbekämpfung auf. Diese sind dringend zu schliessen. Die Taskforce Sicherheit der *FDP.Die Liberalen* will Identitätsdiebstahl als Strafbestand anerkennen.

Jacqueline de Quattro,
Regierungsrätin Kanton Waadt,
Co-Präsidentin Taskforce
Sicherheit



Die Schweiz darf kein Paradies für Cyberkriminelle werden! Diese Gefahr droht, wenn das Strafgesetz nicht schnell angepasst wird. Mit der Entwicklung der Kommunikationssysteme und des Internets sind wir heute neuen Gefahren ausgesetzt. Dabei handelt es sich grundsätzlich um ein Vermögensdelikt (insbesondere Betrug und «Phishing») und den Identitätsdiebstahl. Wir müssen die Sicherheit unserer Bevölkerung sicherstellen – auch im Internet.

putersystemen zu unterbinden (ebenso wie Kinderpornografie und Verstösse gegen Urheberrechtsgesetze). Dies ist ein erster Schritt.

Identitätsdiebstahl: Die Trägheit des Bundesrates

Parallel dazu lauert eine weitere Gefahr: Identitätsdiebstahl. Es besteht das Risiko, dass jemand Ihre Identität stiehlt und sich im Internet als Sie ausgibt. Die Folgen davon können dramatisch sein. Identitätsdiebstahl ist eine schwer wiegende Verletzung der Persönlichkeit, und es wird eine besorgniserregende Zunahme entsprechender Fälle festgestellt. Die modernen Kommunikationsmittel verschärfen diese Problematik.

Niemand ist heute vor Diebstahl persönlicher Informationen sicher. Eine gestohlene Identität wird häufig

zur üblen Nachrede benützt. Eine weitere Option für Kriminelle ist, sich einen ungerechtfertigten Vermögensvorteil (z. B. ein Bankdarlehen im Namen der Opfer) zu verschaffen. Cyberkriminellen gelingt es zum Teil ziemlich leicht, grossen Schaden anzurichten. Trotzdem erachtet es der Bundesrat aber nicht als notwendig, zu handeln und Identitätsdiebstahl als ein Verbrechen anzuerkennen.

Aktivitäten der FDP-Taskforce Sicherheit

In Frankreich wird Identitätsdiebstahl mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und 15 000 € Busse bestraft. In Italien wird das Vergehen ebenfalls mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Um einen wirksamen Schutz der Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz sicherzustellen, müssen wir

Identitätsdiebstahl als Verbrechen per se erklären. Sollte der Bundesrat nicht handeln, so liegt es am Parlament, ihn dazu zu bringen, die Verantwortung zu übernehmen und diese Rechtslücke zu schliessen.

Wir müssen unsere Gesetzgebung anpassen und Identitätsdiebstahl als ein Verbrechen anerkennen. Als Garant der Rechtsstaatlichkeit und der individuellen Freiheit ist es nicht tolerierbar, dass Identitätsdiebstahl straf-frei bleibt.

Aus diesen Gründen setzt sich die Taskforce Sicherheit der FDP, die ich zusammen mit Nationalrat Christian Lüscher (GE) präsidiere, für eine Änderung des Schweizerischen Strafbuches ein. Ständerat Raphaël Comte (NE) hat dazu in der Frühlingssession 2014 eine entsprechende Motion eingereicht (Curia Vista 14.3288).

Datendiebstahl und Betrug im Internet

2012 hat die Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) 8241 Vorfälle registriert. Dies ist ein Anstieg um 55 Prozent gegenüber 2011. Zum ersten Mal sind Verstösse mit finanziellen Folgen zahlreicher als Verstösse rund um Kinderpornografie! Ein sehr ernst zu nehmendes Phänomen.

Was können wir tun? Die Schweiz hat die Europaratskonvention über die Cyberkriminalität unterzeichnet, die am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Unser Land bemüht sich darum, die Teilnahme am internationalen Kampf gegen die Internetkriminalität zu intensivieren. Die Konvention verpflichtet die teilnehmenden Staaten, Transparenz bei Betrugsfällen zu schaffen, Datendiebstahl zu bestrafen und illegale Aktivitäten in geschützten Com-



Im Internet lauern zahlreiche Gefahren. Die Rechtslücken müssen geschlossen werden.

Bildungspolitik

Lehrplan 21 verbessern und entschlacken

Die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz hat einen ersten Entwurf des Lehrplans 21 vorgelegt. Mit diesem gemeinsamen Lehrplan soll die Volksschule in den deutsch- und mehrsprachigen Kantonen harmonisiert werden. In der Konsultationsphase fordert die FDP, dass die Fächer Informatik und Wirtschaft im Lehrplan 21 gestärkt werden.

Christian Wasserfallen,
Nationalrat, BE



Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell – noch. Und das nicht etwa, weil wir über ein grosses Arsenal an Rohstoffen und Bodenschätzen verfügen. Unser Erfolgsrezept ist ein anderes: die Bildung. Deshalb setze ich mich gemeinsam mit der FDP für ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem ein. Das ist jetzt mit zunehmender Distanz zum umliegenden Ausland umso wichtiger.

Harmonisierung notwendig

Die Bedürfnisse in unserer Gesellschaft haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Diesen muss das Bildungssystem Rechnung tragen. Die Mobilität von Familien und Lehrpersonen im Inland hat stark zugenommen. Deshalb ist eine Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme dringend notwendig. Die Durchlässigkeit auf Stufe Volksschule und in den nachgelagerten Bildungswegen ist zu stärken. Der Lehrplan 21 ist ein wichtiges Etappenziel auf diesem Weg. Dieser bewirkt eine Angleichung der Lehrpläne aller 21 Deutschschweizer Kantone und schafft damit die Basis für eine gesamtschweizerische Vergleichbarkeit der Leistungen.

Informatik fördern

Die Resultate der Pisa-Studie 2012 wurden Ende 2013 schon veröffentlicht. Die Schweizer Schülerinnen und Schüler stehen im internationalen Vergleich sehr gut da – insbesondere im Lesen, in den Naturwissenschaften und in der Mathematik. Und das ist zentral, denn unsere Wirtschaft ist

dringend auf Nachwuchs in den MINT-Fächern angewiesen. Daher muss der Lehrplan 21 zum Beispiel die Informatik als eigenständigen Fachbereich aufnehmen. Informatik ist nämlich viel mehr als nur Medienkenntnis. Ohne Informatik geht heute gar nichts mehr. So kommen zahlreiche Anwendungen in der Industrie beispielsweise ohne ICT nicht mehr aus. Die Programmierung von Maschinensteuerungen aller Art erfordert eine solide Ausbildung.

Unternehmertum gehört in den Lehrplan

Von Seiten der Wirtschaft wurde bemängelt, dass die Schweiz bei der

Pisa-Studie auf Finanzwissen verzichtete. Völlig unangebracht ist diese Kritik nicht. Im heutigen Unterricht kommen diese Themen zu kurz. Ob der Lehrplan 21 hilft, ist hingegen fraglich: Wirtschaftsthemen werden dort ideologisch gefärbt wiedergegeben. Finanzpolitische Fragen, etwa zu Schulden und Steuern, aber auch Wirtschaftsthemen wie Arbeitslosigkeit oder die Sozialpolitik, müssen im Lehrplan 21 faktenorientiert und wertefrei wiedergegeben werden.

Zwar umfasst der Entwurf des Lehrplans 21 rund 500 Seiten, doch trotzdem fehlt ein zentraler Baustein für unser Land – das Unternehmertum. Diese Unterlassung gilt es zu beheben.

Anschluss im Bildungswesen nicht verlieren

In der Bildung wird die Schweiz künftig etwas mehr für sich arbeiten müssen. Einerseits sind die Systeme in den umliegenden EU-Ländern nicht wirklich kompatibel zu unserem. Andererseits dürfte der Bildungsaustausch mit diesen Ländern nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative für alle Schweizerinnen und Schweizer schwieriger werden. Deshalb kommt dem Projekt Lehrplan 21 eine grosse Bedeutung zu. Für die verantwortlichen Redaktoren heisst das: Nachsitzen, Lehrplan 21 abspecken, Informatik und Wirtschaft verstärkt einbauen.

1. Zyklus KG und 1./2. Klasse	2. Zyklus 3.–6. Klasse	3. Zyklus 7.–9. Klasse
Deutsch	Französisch oder Englisch	Englisch oder Französisch Italienisch
Mathematik		
Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)		Natur und Technik (mit Physik, Chemie, Biologie) Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (mit Hauswirtschaft) Räume, Zeiten, Gesellschaften (mit Geografie, Geschichte) Ethik, Religionen, Gemeinschaft (mit Lebenskunde)
Bildnerisches Gestalten		
Textiles und technisches Gestalten		
Musik		
Bewegung und Sport		

Quelle: www.lehrplan21.ch

Kartellgesetz

Die Hochpreisinsel Schweiz effektiv ins Wanken bringen

FDP. Die Liberalen setzt sich für den freien Wettbewerb mit möglichst wenig staatlichen Regulierungen ein. Denn einzig der Wettbewerb garantiert Konsumentinnen und Konsumenten Qualität zu besten Preisen. Damit der Wettbewerb spielen kann, braucht es ein effizientes und griffiges Kartellrecht. Die Mehrheit des Nationalrates zeigte daran jedoch wenig Interesse und bevorzugte es, nicht auf die Reform einzutreten. Zumindest fanden sechs von der FDP initiierte Vorstösse zur Beseitigung preistreibender technischer Handelshemmnisse eine Mehrheit im Rat.

Ruedi Noser,
Nationalrat, ZH

Es sind wohl verschiedene Gründe, die zum Scheitern des Kartellgesetzes im Rat geführt haben. Klar ist, dass mit der Reorganisation der Eidgenössischen Wettbewerbskommission (WEKO) gewisse Kreise ihren Sitz und damit ihren direkten Einfluss auf die Kommission verloren hätten. Warum also am System etwas ändern? Es gibt offensichtlich Wirtschaftskreise, denen es ganz recht ist, wenn nicht zu genau hingeschaut wird, und die kein Interesse daran haben, den staatlichen Kontrollorganen im Kampf auch gegen Teilkartelle mehr Rechte zu gewähren. Der Entscheid, nicht auf die Vorlage einzutreten, verdeutlicht, dass nur wenig Interesse besteht, dass der Wettbewerb auch wirklich stattfindet.

Sonderbestimmungen müssen weg

Wenn der Rat schon nicht mit einem griffigen Kartellgesetz auf mehr Wettbewerb setzt, dann wenigstens mit dem Abbau von technischen Handelshemmnissen. Die Ursache für die hohen Preise in der Schweiz sind neben höheren Lohn-, Logistik- und Administrationskosten vor allem auch zahlreiche Schweizer Sonderbestimmungen, die man sich sozusagen leistet. Dazu gehören absurde Produktbeschriftungen, die nur für die Schweiz gelten, Umweltnormen, die nicht besser sind als in der EU, jedoch separate und teure Prüfungen notwendig machen, aber auch bürokratische Zollver-

fahren und ein Zollsystem, das wir weltweit nur noch mit Russland teilen. Viele dieser Sonderbestimmungen verunmöglichen, dass Schweizer Detailhändler Produkte direkt aus dem Ausland importieren und hier auch verkaufen können.

Deutsche und Schweizer Marsriegel sind identisch – Verpackung nicht

Die aktuelle Situation freut vor allem den Generalimporteur und die Markenhersteller. Den Generalimporteur, weil er aufgrund der Vorschriften der

Parallelimport von Waren nur bedingt möglich ist. Dies weil zum Beispiel Ursprungszeugnisse fehlen, die für den Zoll benötigt werden oder das gleiche Produkt aufgrund einer leicht anderen Beschriftung in der Schweiz nicht angeboten werden darf – wie ein für den deutschen Markt produzierter Marsriegel. Den Markenherstellern wiederum wird mit den Sonderbestimmungen für den Schweizer Markt die Möglichkeit gegeben, nicht nur die zusätzlichen Verpackungskosten für das «Schweizer Produkt» geltend zu machen, sondern auch gleich noch etwas mehr damit zu verdienen. Allerdings muss an dieser Stelle auch gesagt werden, dass der hiesige Detailhandel eine 3- bis 5-mal höhere Marke realisiert als es dem Detailhandel im Ausland möglich ist. Es profitieren also beide Seiten gleichermaßen.

Abbau technischer Handelshemmnisse

Umso erfreulicher ist es, dass vom Nationalrat sechs von der FDP-Liberalen Deputation in der Wirtschaftskommission eingebrachte Vorstösse zur Abschaffung technischer Handelshemmnisse gutgeheissen wurden. Konkret sollen damit die Zollverfahren vereinfacht werden. Dem Handel ist damit mehr geholfen als mit einem Klagerecht im Sinne von Art. 7a, das nur Gerichtsverfahren anstatt tiefere Preise bringt. Mit der Annahme der drei Motionen und drei Postulaten hat der Rat ein klares Signal im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz gesetzt. Wir bleiben dran!



Nationalrat Ruedi Noser will den Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz weiterführen.

Wohin steuert unser Land?

Fortschritt, Gemeinsinn und Freiheit – aus Liebe zur Schweiz

Auf die Schweiz kommen grosse Herausforderungen zu. Nur wenn wir diese aktiv mit einer klaren Zukunftsstrategie angehen, können wir die Schweiz als Erfolgsmodell auch künftig sichern. Dazu braucht es vor allem eines: den Mut und Willen, Weltspitze zu sein und zu bleiben.

Die Schweiz ist Weltspitze. Sie ist ein Erfolgsmodell, und ihr Erfolg hat einen Namen: den liberalen Aufbau unseres Landes. Direkte Demokratie, Föderalismus, eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sozialer Frieden, Bildung, Rechtssicherheit und ein bewährtes Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger – dies sind die Grundsteine, durch welche die Schweiz ihren Vorsprung in vielen Bereichen gesichert hat.

Wir Freisinnig-Liberalen kämpfen seit jeher für diese Werte. Das Credo:

Der Staat soll schlank, aber stark sein. Mit Verantwortung wollen wir die Freiheit auch in Zukunft gewährleisten. Dies gilt heute mehr denn je.

Das Erfolgsmodell Schweiz ist bedroht

Heute ist der Erfolgsweg jedoch an mehreren Fronten bedroht. Die Welt und unser Land rücken durch neue Technologien enger zusammen, der Standortwettbewerb wird rauer. In der Schweiz selbst gibt es Strömungen, welche, durch Illusionen getrieben,

dem Schweizer Erfolg schaden, ohne dass sie es merken.

Schaffen wir es ...

Die Welt ist im Umbruch, und dieser macht auch vor unserem Land nicht Halt: Wie verhindern wir einen Abstieg in die zweite Liga? Nur wenn wir Antworten finden auf folgende Herausforderungen, können wir die Zukunft des Erfolgsmodells Schweiz sichern:

■ Europa droht Stillstand oder gar Rückschritt. Der Zugang zu Bildung,

Gesundheitswesen oder Arbeitsmarkt wird beschränkt. Das bedroht die Freiheit des Einzelnen, sich nach seinen Möglichkeiten zu entwickeln. **Können wir in der Schweiz unseren Wohlstand wahren?**

■ Die Welt wird rauer. Der Wettbewerb unter Staaten wird härter. Sie sind unter Druck und verteidigen vermehrt strategische Interessen. **Schaffen wir es, erfolgreich eigenständig zu bleiben?**

■ Die Welt – und die Schweiz – werden «kleiner»: Internet und Ver-



Damit die Schweiz weiter im Licht des Erfolges steht, braucht es eine klare Strategie für die Zukunft.

kehrsinfrastruktur lassen Distanzen schrumpfen. Die Verstärkung nimmt zu, Umweltprobleme rücken in den Fokus. **Schaffen wir es, unsere weltweit einmalige Lebensqualität zu sichern?**

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir eine klare Zukunftsstrategie. Diese baut für die FDP auf drei grundlegenden Werten auf:

Freiheit

Die Schweiz muss Freiheit bewahren und ausbauen. Die Krise Europas ist Ansporn, weiterhin allen die Perspektive zu bieten, dank Leistung Arbeit zu finden und das eigene Leben zu gestalten. Die FDP sichert auch, dass wir weiter an der Urne und vor Ort selber und direkt die Zukunft unseres Landes bestimmen können. Für uns kommt die Schweiz zuerst.

Gemeinsinn

Die Schweiz braucht den Gemeinsinn. Denn dieser hat unser Land stark gemacht. Die FDP will das Land einen, um Herausforderungen zu meistern und unsere Interessen durchzusetzen sowie für Arbeitsplätze, sichere Sozialwerke und einen bürgernahen Staat zu kämpfen.

Fortschritt

Die Schweiz braucht den Fortschritt. Herausforderungen beim Umweltschutz, im Gesundheitswesen oder bei der Infrastruktur lassen sich nicht durch Rationierung oder Konsumverzicht, sondern nur durch technologischen Fortschritt lösen. Das galt in der Vergangenheit, und das gilt in Zukunft.

Die FDP will es schaffen – aus Liebe zur Schweiz

Unser Erfolgsmodell ist in Gefahr: von aussen durch Druck von weniger erfolgreichen Staaten. Dieser Druck wird noch zunehmen. Von innen wegen der unheiligen Verbindung von Sozialisten und rückwärtsgewandten Konservativen. Beide verfallen einer Illusion: Die einen sehen das Heil in der Umverteilung; die anderen glauben, unser Wohlstand lasse sich ohne Veränderungen bewahren. Die FDP aber will Fortschritt für unser Land, und das heisst: Weltspitze sein!

Zukunftsstrategie

Diskutieren Sie mit!

Die Strategie für die Zukunft der Schweiz muss konkretisiert werden. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung. Erarbeiten wir zusammen Vorschläge, damit unser Land die kommenden Herausforderungen meistert und Weltspitze bleibt!

Keine Strategie ohne Forderungen, keine Zukunft ohne Vorstellung, wo wir die Schweiz verbessern können. Um diese Forderungen zu erarbeiten, brauchen wir Ihre Unterstützung. Diskutieren Sie mit uns, unseren Parlamentarierinnen und Parlamentariern, mit anderen Mitgliedern in Ihrer Ortssektion und online über Umsetzungsmöglichkeiten.

Wöchentliche Diskussionen

Von Ende März bis Ende Mai 2014 stellen wir auf unserer Homepage www.mitbestimmen.fdp.ch wöchentlich ein bis zwei Themen zur Diskussion. Bringen Sie Ihre Ideen, Vorschläge, bereits erfolgte kantonale oder lo-

Diskussionsthemen auf www.mitbestimmen.fdp.ch

Woche 15: 7. April bis 13. April
Infrastruktur

Woche 16: 14. April bis 20. April
Bildung, Forschung, Innovation
sowie **Aussenpolitik**

Woche 17: 21. April bis 27. April
Migration sowie **Sicherheit**

Woche 18: 28. April bis 4. Mai
Bürokratie

Woche 20: 12. Mai bis 18. Mai
Finanz- & Steuerpolitik
sowie **Altersvorsorge & Sozialversicherungen**

Woche 21: 19. Mai bis 25. Mai
Gesundheit

Woche 22: 26. Mai bis 1. Juni
Energie

Woche 23: 2. Juni bis 8. Juni
Familien- & Gesellschaftspolitik



Mehr Gemeinsinn bedeutet für die FDP, Raum zum Zusammenkommen zu schaffen, gemeinsam die Lebensqualität in der Schweiz zu verbessern.

kale Vorstösse ein. Kommentieren Sie die Inputs anderer Mitglieder, und tauschen Sie sich darüber aus, was Sie von unseren Forderungen halten.

Ihre Rückmeldungen sind uns wichtig, denn nur wenn wir alle gemeinsam an unserer Schweiz arbeiten, unsere Verantwortung übernehmen und für uns und unser Land eintreten, können wir die Schweiz auf dem Erfolgspfad halten. Das ist gelebter Gemeinsinn. Gehen wir mit gutem Beispiel voran, leben wir Gemeinsinn in unserer Gemeinschaft der FDP. Das bedeutet ein Zusammenkommen in der Partei, ein Eintreten für unsere Werte, ein gemeinsames Engagieren für unsere liberalen Überzeugungen. Machen Sie mit uns den ersten Schritt zur gemeinsamen Diskussion.

Ihre Meinung interessiert uns

Parallel zu den thematischen Diskussionen, in welchen es um konkrete Umsetzungsmöglichkeiten geht, ist uns Ihre Meinung zur Partei und der aktuellen Politik wichtig. Daher laden wir Sie ein, an unserer Mitgliederbefragung teilzunehmen. Melden Sie uns dazu Ihre E-Mail-Adresse, so dass wir Sie zu unserer internen Umfrage einladen können.

Gemeinsam können wir etwas bewegen

Die nationalen Wahlen 2015 stehen bereits jetzt vor der Tür. Mit Ihrer Mitarbeit an den Umsetzungsmöglichkeiten der Zukunftsstrategie wie auch bei der Mitgliederbefragung helfen Sie uns, für die Wahlen 2015 besser gerüstet zu sein. Wenn wir alle anpacken und mithelfen, können wir am 18. Oktober 2015 zu den Gewinnern gehören.

Wahlkampfauftakt

In den nationalen Wahlkampf wollen wir gemeinsam mit Ihnen starten. Daher laden wir Sie herzlich zu unserem Parteitag am 13. September 2014 in Zug ein. Reservieren Sie sich schon jetzt dieses Datum, und kommen Sie mit Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten an unseren Parteitag.

Parteitag FDP. Die Liberalen Samstag, 13. September 2014

Zug, Stierenmarktareal

Ein grosses FDP-Fest für die ganze Familie.

Das beste Netz überall in der Schweiz

Schon heute bieten wir flächendeckend Zugang zum Breitbandnetz. Damit die Menschen in der Schweiz ihre Kommunikationsbedürfnisse in die Tat umsetzen können. Zuverlässig und sicher, im ganzen Land.

Swisscom investiert massiv in ihr Mobilfunk- und Festnetz; 2013 waren es 1,75 Milliarden Franken. Damit die Schweiz auch in Zukunft über eines der weltbesten Telekommunikationsnetze verfügt.

www.swisscom.ch/netz



swisscom

Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen

Eine liberale Stimme im schweizerischen Gesundheitswesen

Die Wahlfreiheit und die Eigenverantwortung des Bürgers, des Versicherten und des Patienten sind als Fundament einer liberalen Gesundheitspolitik entsprechend zu erhalten und weiter zu fördern. Dies ist das Hauptanliegen des Bündnisses Freiheitliches Gesundheitswesen.

Andreas Faller,
Geschäftsführer Bündnis
Freiheitliches Gesundheitswesen
und Mitglied der Gesundheits-
kommission der FDP Schweiz



Am 5. September 2013 ist in Bern das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen gegründet worden. Mittlerweile gehören dem Bündnis bereits 18 grosse Verbände und Unternehmen aus allen Bereichen des schweizerischen Gesundheitswesens an: Ärzteschaft, Apothekerschaft, IT/Technologie, Labormedizin, Medizinaltechnik, Pharmaindustrie, Spitäler, Telemedizin und Versicherer. Der 21-köpfige Vorstand mit Top-Exponenten des schweizerischen Gesundheitswesens wird geleitet von Prof. Robert Leu (Präsident) und Dr. Andy Fischer (Vizepräsident, CEO Medgate AG). Das aus sieben Personen bestehende Redaktionsteam erarbeitet zeitnah Positionen und Stellungnahmen zu aktuellen Themen.

Informationen aus erster Hand

Das Bündnis ist dank dem branchenübergreifenden Charakter und seiner Grösse einzigartig in der schweizerischen Gesundheitslandschaft. Es

Ja zum «Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative»

Die Parteipräsidentenkonferenz von FDP.Die Liberalen hat einstimmig die JA-Parole zu dieser Vorlage gefasst.

schöpft seine Legitimation zur Mitwirkung an der Meinungsbildung aus seiner Grösse und seiner breiten Abstützung. Die Mitglieder des Bündnisses sind keine Schreibtischtäter. Sie arbeiten tagtäglich im schweizerischen Gesundheitswesen und kennen sowohl die wirklichen Probleme, als auch die Stärken und Chancen des Systems aus erster Hand.

Das Bündnis engagiert sich für ein marktwirtschaftliches, wettbewerbli-

cher direkte Dialog mit Medien und Politik sowie die Durchführung von Anlässen und Veranstaltungen.

Ferner hat sich das Bündnis sehr rasch zu einer wichtigen branchenübergreifenden Plattform entwickelt.

Das Bündnis kommuniziert sachlich fundiert mit Verbesserungsvorschlägen zu konkreten Themen. Zum Beispiel zur Effizienzsteigerung und Förderung der Innovation im System, zu Medikamentenpreisen, gegen die

Personen, die gar nicht im Telefonverzeichnis eingetragen sind. Es braucht also keine generellen Verbote, wenn sich jeder Bürger mit dem Sterneintrag individuell vor unerwünschten Werbeanrufen schützen kann.

Nun liegt es am zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), den entsprechenden gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und Verstösse gegen diese Bestimmungen zu verfolgen. Ein branchenspezifisches Telefonwerbe-



Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen

Transparenz – Wahlfreiheit – Innovation

Das vielseitige Bündnis will sich Gehör für ein liberales Gesundheitswesen verschaffen.

ches, effizientes, transparentes, faires und nachhaltiges Gesundheitssystem mit einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Wahlfreiheit für Patientinnen/Patienten, Versicherte und Akteure unseres Gesundheitswesens. Nur so bleibt genug Raum für Innovation sowie eine Optimierung von Behandlungsqualität und Patientensicherheit.

Sich Gehör verschaffen

Die Teilnahme an Vernehmlassungen und die Kommunikation via Internet, Newsletter und Facebook gehören ebenso zur Arbeit des Bündnisses wie

Einheitskasse und die Verstaatlichung von Tarifen und für die Verbesserung der Qualitätssicherung im ambulanten Bereich.

Störende Werbeanrufe verbieten

Zuletzt hat sich das Bündnis zu den Telefonmaklern im Krankenkassenbereich geäußert: Die ärgerlichen Telefonanrufe müssen sofort gestoppt werden. Seit dem 1. April 2012 verbietet das Bundesgesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) Werbeanrufe an Personen mit einem Stern im Telefonverzeichnis. Dasselbe gilt für

verbot im Krankenversicherungsgesetz (KVG) wäre demgegenüber nicht zielführend, weil es sich auf die Grundversicherung beschränken würde, Werbeanrufe über den Umweg der Zusatzversicherung also weiterhin zulässig wären. Die Krankenversicherer sollten sich ausserdem unverzüglich von Maklern distanzieren, welche Personen mit einem Sterneintrag im Telefonverzeichnis belästigen.

Zu finden ist das Bündnis im Internet unter www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch und auf Facebook unter «Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen».



Mindestlohninitiative

«Der beste Schutz gegen Armut ist Erwerbstätigkeit»

Am 18. Mai stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften ab. Im «Freisinn» erklärt FDP-Bundesrat und Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, weshalb die Initiative abzulehnen ist.

Die Gewerkschaften verlangen einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde, also etwa 4000 Franken im Monat. Was halten Sie davon?

Ich teile das Ziel der Initianten, Armut zu bekämpfen. Ich bin aber wie der Gesamtbundesrat und das Parlament der Überzeugung, dass ein flächen-deckender gesetzlicher Mindestlohn der falsche Weg ist.

Was ist allgemein das Problem von landesweit gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhnen?

Ein starrer Mindestlohn nimmt keine Rücksicht auf regionale, branchen- und berufsspezifische Unterschiede. In vielen sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Gesamtarbeitsverträgen (GAV) wie beispielsweise in der Maschinenindustrie wurden regional abgestufte Mindestlöhne ausgehandelt. Das macht Sinn: Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter finden gemeinsam die optimale Lösung. Sie wissen am besten, was in ihrem Betrieb, ihrer Branche und ihrer Region möglich ist.

Warum ist es wichtig, diese Vielfalt in der Schweiz zu berücksichtigen?

Kaufkraft und Lebenshaltungskosten sind in der Schweiz je nach Region sehr unterschiedlich und in ländlichen Regionen bedeutend tiefer als in den Zentren. Diese Unterschiede sind durch die wirtschaftliche Entwicklung entstanden und können nicht per Gesetz aus der Welt geschafft werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn in dieser Höhe würde besonders die Regionen mit eher tiefem Lohnniveau treffen, also ländliche, stark von Tourismus und Landwirtschaft geprägte Kantone.

Was geschieht mit Branchen, die tiefe Löhne zahlen?



«Der flexible Arbeitsmarkt trägt dazu bei, dass es der Schweiz so hervorragend geht», sagt Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Ich will nicht spekulieren oder drohen. Aber es ist klar: Für Branchen mit tieferen Löhnen würden die Personalkosten markant steigen. Der ohnehin schon teure Produktionsstandort Schweiz würde zusätzlich an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Dies könnte zu Entlassungen von schwächer qualifizierten Personen führen. Zu befürchten wäre auch, dass Unternehmen ins Ausland abwandern.

Welchen Einfluss hätte ein gesetzlicher Mindestlohn auf die übrigen Löhne eines Unternehmens?

Ein gesetzlicher Mindestlohn würde voraussichtlich nicht nur die Löhne unterhalb der Mindestlohngrenze betreffen. Es gäbe einen Dominoeffekt: Wird ein Lohn bei gleichbleibender Funktion von heute 3800 auf 4000 Franken angehoben, verlangen auch besser qualifizierte Mitarbeitende mit einem heutigen Lohn von 4000 Franken mehr – zum Beispiel 4200 Franken. Gerade kleinere Betriebe haben zu wenig Luft, um diese zusätzlichen Kosten zu bewältigen.

Welche Auswirkungen hätte eine Annahme der Initiative für die Konsumentinnen und Konsumenten?

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Einfluss auf die Preisentwicklung schwer abzuschätzen. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes steigen die Personalkosten zum Beispiel für Putzkräfte, Servicepersonal, Coiffeure und Landwirtschaftshilfen. Gerade in diesen Branchen können die höheren Kosten nicht einfach über tiefere Margen aufgefangen werden. Die Coiffeur-Branche etwa rechnet mit einem Preisanstieg von bis zu 20

Prozent. Wenn die Konsumentinnen und Konsumenten wegen der Preiserhöhung weniger oft zum Coiffeur gehen, sind solche Arbeitsplätze in Gefahr. Es könnte auch vermehrt Schwarzarbeit geben.

Teilen Sie die Sorge, dass ein Mindestlohn den Berufseinstieg für Jugendliche erschwert?

Das duale Bildungssystem mit der Berufslehre ist ein Trumpf der Schweiz. Aber es gibt das negative Szenario, dass eine Firma zwar einen Lehrling verpflichtet, ihn aber nach der Ausbildung nicht weiterbeschäftigen kann, weil der Einstiegslohn zu hoch wäre. Stattdessen würde sie lieber erneut einen günstigeren Lehrling holen. Die erfolgreiche Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ist eine unserer grossen Stärken, die wir nicht gefährden dürfen. Ausserdem sind tiefere Löhne in vielen Fällen ein vorübergehendes Einsteigerphänomen.

Was wären die Folgen eines Mindestlohns auf unsere Sozialwerke und unser Steuerwesen?

Die Risiken von Arbeitsplatzverlagerungen und Arbeitsplatzabbau könnten erheblich sein, weil der geforderte Mindestlohn hoch und undifferenziert angesetzt wird. Der Bundesrat geht von nachteiligen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen sowie die Sozialversicherungen aus.

Ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde wäre im internationalen Vergleich sehr hoch. Was würde dies für die Schweiz in Bezug auf das internationale Umfeld bedeuten?

Zuallererst ist ein internationaler Rekord-Mindestlohn gefährlich für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts. Die Anreize für ausländische Arbeitskräfte, in die Schweiz zu kommen, steigen. Vielleicht werden hierzulande aber im Rahmen der Neugestaltung des Systemzugangs ausländischer Arbeitskräfte aufgrund der An-

nahme der Masseneinwanderungsinitiative auch weniger Stellen angeboten. Deshalb sind die konkreten Auswirkungen auf die Zuwanderung schwer vorhersehbar.

Bereits im November sagte das Volk bei der 1:12-Initiative Nein zum staatlichen Lohndiktat. Weshalb sind Sie optimistisch, dass auch die Mindestlohninitiative scheitert?

Weil ich zuversichtlich bin, dass die Bevölkerung die Argumente für eine Ablehnung teilt: Erstens tragen der flexible Arbeitsmarkt und die starke Sozialpartnerschaft massgeblich dazu bei, dass es der Schweiz so hervorragend geht. Die Arbeitslosigkeit ist international rekordverdächtig tief und die Beschäftigung hoch. Uns gelingt es, dass fast alle Jugendlichen eine Stelle finden. Zweitens: Der beste Schutz gegen Armut ist die Erwerbstätigkeit. Mit einem starren, hohen Mindestlohn hätten wenig qualifizierte Arbeitskräfte oder Personen mit

Delegierten fassten am 29. März die Nein-Parole

An ihrer Delegiertenversammlung fasste *FDP.Die Liberalen* die Nein-Parole zur schädlichen Mindestlohninitiative. Die Delegierten folgten dem Aufruf von FDP-Bundesrat und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und erteilten der Mindestlohninitiative bei nur einer Gegenstimme (279 Nein-Stimmen) eine klare Abfuhr.

geringer Berufserfahrung es deutlich schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden. Heute tragen Menschen mit tiefen Löhnen häufig zu einem Haushaltseinkommen bei: Zum Beispiel arbeiten beide Elternteile und sichern der Familie so das Auskommen oberhalb der Armutsgrenze. Das wollen wir nicht gefährden.

Herr Bundesrat, herzlichen Dank für das Gespräch.

FDP.Die Liberalen Service Public

Zweite Säule vor ungewisser Zukunft

Beat Schlatter, Präsident

Das Pensionskassensystem ist komplex. Für die meisten Arbeitnehmer sind die Zusammenhänge weitgehend unklar. Angesichts der Probleme im ganzen System tragen Mathematiker, Ökonomen und Pensionskassenspezialisten eine grosse Verantwortung, die Bürger korrekt und möglichst einfach zu informieren.

Unter dieser Präambel fand am 18. März 2014 der traditionelle Fraktionsapéro der eidgenössischen Fraktion mit der FDP Service Public statt. Ebenso traditionell fand dieser Anlass am Dienstag der letzten Frühjahrssessionswoche im Restaurant Äusserer Stand statt.

In diesem Jahr konnte unser Verbindungsmann zur Fraktion, Nationalrat Kurt Fluri, in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten FDP Service Public, Beat Schlatter, einen hochkarätigen Referenten begrüessen. Prof. Dr. em. Martin Janssen, ehemaliger Professor

am Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich, referierte über den Zustand der zweiten Säule in der Schweiz. In seiner gewohnt humorvollen und sehr klärenden Art führte Prof. Janssen den mehr als fünfzig Zuhörern vor Augen, dass die zweite Säule in der schweizerischen Vorsorge eine sehr ungewisse Zukunft vor sich hat. Als aktuelle Herausforderungen definierte Janssen anhand von simplifizierten Rechenbeispielen folgende:

- die Neurenten im Obligatorium sind wegen gestiegener Lebenserwartung und tiefer Kapitalerträge seit Jahren zu hoch (heute mehr als 40 Prozent);
- kaum eine Pensionskasse in der Schweiz ist zu Marktkonditionen genügend finanziert;
- von den Jungen zu den Alten und von den hohen zu den tiefen Altersguthaben wird massiv umverteilt;
- das Pensionskassensystem – wenn überhaupt – kann nur noch mit viel Steuergeldern saniert werden.

Beat Schlatter, Präsident
FDP.Die Liberalen Service Public



Die im Anschluss daran sehr ausführlich geführte Diskussion zeigte,

dass dieses Thema allen Teilnehmern unter den Fingern brennt.



Pädophilen-Initiative

Nein zur Pädophilen-Initiative

Die Volksinitiative mit dem Titel «Pädophile dürfen nicht mehr mit Kindern arbeiten» spricht einen auf den ersten Blick an: Wer möchte denn nicht Kinder vor Pädokriminellen schützen? In Tat und Wahrheit untergräbt die Initiative aber unseren Rechtsstaat, weil sie den Grundsatz der Verhältnismässigkeit verletzt.

Christa Markwalder,
Nationalrätin, BE

Konkret verlangt die Initiative, dass, wer wegen eines Sexualdelikts mit Kindern verurteilt wurde, zwingend und automatisch ein lebenslanges Verbot erhält, mit Kindern in Beruf oder organisiert zu arbeiten. Die Initiative ist jedoch abzulehnen, weil sie überflüssig, unvollständig und unverhältnismässig ist.

1. Überflüssig

Die Initiative ist überflüssig, weil das Parlament einen Gegenvorschlag beschlossen hat, der die Anliegen der Initiative im Kern mehr als erfüllt und voraussichtlich am 1. Januar 2015 in Kraft tritt. Dieser sieht für sexuelle Handlungen mit Kindern und Abhängigen bei einer gewissen Schwere zwingend ein automatisches Tätigkeitsverbot von 10 Jahren vor, das wenn nötig lebenslanglich sein kann. Schwere Täter werden also gleich behandelt, wie es die Initiative fordert.

2. Unvollständig

Die Initiative ist unvollständig, weil der Gegenvorschlag zusätzliche Instrumente umfasst, welche die Initiative gar nicht anspricht, namentlich ein Kontakt- oder Rayonverbot sowie einen Sonderstrafregisterauszug. Zudem suggeriert die Initiative, sie sei eine umfassende Lösung des Problems – dabei richtet sie weder gegen Pädokriminelle in der Familie, im öffentlichen Raum noch generell gegen Ersttäter etwas aus.

3. Unverhältnismässig

Die Initiative ist unverhältnismässig, weil sie übers Ziel hinausschiesst: Zum einen unterscheidet sie nicht zwi-

schen echten Pädokriminellen (z. B. jemand, der ein 10-jähriges Mädchen schändet) und Sexualdelikten unter Jugendlichen (z. B. eine illegale Jugendliebe zwischen einem 19-Jährigen und einer 15-Jährigen). Die Schwere der Straftat ist den Initianten

egal. Zum ändern unterscheidet sie nicht zwischen unheilbaren Triebtätern und Menschen, die keine Gefahr mehr darstellen (sei es, weil sie definitiv therapiert sind oder eine Tat aus früheren Lebensumständen heraus begingen).

Initiative verletzt Verhältnismässigkeit

Mit der Forderung, dass alle zwingend ein lebenslangliches Berufs- und Tätigkeitsverbot erhalten sollen, verletzt die Initiative den rechtsstaatlichen Grundsatz der Verhältnismässigkeit, wonach der Staat nur so weit als nötig in die Rechte der Bürger eingreift und «nicht mit Kanonen auf Spatzen schiessen» soll. Der Gegenvorschlag ist hart, aber rechtsstaatlich korrekt, weil das Verbot nicht bei Bagatellen greift und nur wenn nötig lebenslanglich ist.

Gegenvorschlag reicht aus

Der Schutz von Kindern und ihrer körperlichen, geistigen und sexuellen Integrität ist ein zentrales Anliegen unserer Gesellschaft. Wir alle teilen die Auffassung, dass Kinder als schwächste Mitglieder unserer Gesellschaft unbeschwert und vor allem auch unversehr aufwachsen können und in ihrer Integrität und in ihren Rechten sowohl rechtlich als auch tatsächlich geschützt werden. Aus diesem Grund haben wir einen harten, aber korrekten Gegenvorschlag beschlossen.

Wir stehen ein für den Rechtsstaat. Eine seiner tragenden Säulen ist das Prinzip der Verhältnismässigkeit. Jeder Mensch – sogar ein Straftäter – hat Anspruch darauf, dass nur angemessene, nicht drakonische Sanktionen gegen ihn ergriffen werden. Wer innerorts 20 km/h zu schnell fährt, gefährdet Kinder, wird bestraft und verliert temporär den Fahrausweis. Sein Auto wird nicht gleich verschrottet und der Fahrausweis nicht lebenslang entzogen. Das ist unser Rechtsstaat. Daher haben die FDP-Delegierten deutlich die Nein-Parole zu dieser unnötigen, unvollständigen und unverhältnismässigen Initiative beschlossen.



«Der Schutz von Kindern ist unser aller Anliegen. Der harte, aber korrekte Gegenvorschlag ist besser geeignet als die Initiative», sagt Nationalrätin Christa Markwalder.



Gripen-Fonds-Gesetz

Neue Kampfflieger für eine glaubwürdige Armee

Am 18. Mai stimmen wir über das Gripen-Fonds-Gesetz ab. In dieser Abstimmung geht es um mehr als nur den Kauf von 22 neuen Kampfflugzeugen. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Armee und damit um die Sicherheit unseres Landes. Dieses wichtige Gut darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Corina Eichenberger-Walther,
Nationalrätin, AG



In mehreren Ländern, auch in Europa, ist das Ausmass der Gewalt in letzter Zeit eskaliert. Ich denke dabei an Syrien, Ägypten oder die Ukraine. Beeindruckend ist vor allem, wie schnell das gehen kann. Ich bin froh, dass solche Szenarien in der Schweiz heute (fast) undenkbar sind. Doch damit Frieden und unsere Sicherheit auch in Zukunft gewährleistet sind, müssen wir unsere sicherheitspolitischen Hausaufgaben machen. Wir brauchen eine starke Armee und mit ihr eine leistungsfähige und moderne Luftwaffe.

Wichtige Aufgaben nebst Schutz vor militärischen Angriffen

Moderne Kampfflugzeuge sind ein fester Bestandteil unserer Luftwaffe. Sie schützen uns nicht nur im Falle eines Angriffs, sondern nehmen weitere wichtige Aufgaben wahr. Im Luftpolizeidienst hilft die Luftwaffe zivilen Flugzeugen mit Navigationsproblemen oder Pannen. Sie kontrolliert nicht-bewilligte Einflüge in unseren Luftraum und greift ein, wenn unerklärliche Flugbewegungen oder gar Luftraumverletzungen über der Schweiz stattfinden. Als souveräner Staat ist es notwendig, dass wir unsere Lufthoheit selber wahren können. Wir dürfen diese Kernaufgabe des Staates nicht delegieren. Wir würden auch gegen das im Völkerrecht verankerte Neutralitätsrecht verstossen, würden wir unseren Luftraum durch Dritte über- und bewachen lassen. Abgesehen davon, dass dies auch nicht gratis wäre!

Erneuerung der Kampfflugzeugflotte nötig

Die Luftwaffe verfügt heute über 54 F-5 Tiger II sowie über 32 F/A-18. Die Tiger sind seit fast 40 Jahren im Einsatz. Sie sind technisch veraltet und enorm kostspielig im Unterhalt. Zudem können sie nachts und bei schlechtem Wetter keine Einsätze fliegen. Auch die F/A-18 sind seit 20 Jahren im Einsatz. Mit der Ausmusterung der 54 F-5 Tiger ab 2016 entsteht bei der Luftwaffe der Bedarf nach neuen Kampfflugzeugen.

Mit 22 modernen und leistungsfähigen Kampfflugzeugen des Typs Gripen E soll dieser gedeckt werden. Für die Erhaltung unserer Souveränität während täglich 24 Stunden ist der Kauf der 22 Gripen notwendig. Zusammen mit den 32 F/A-18 kann eine angemessene Leistungs- und Durchhaltefähigkeit im Luftpolizeidienst und in der Luftverteidigung gewährleistet werden. Die Einführung eines permanenten Luftpolizeidienstes bzw. Pikettdienstes 7/24 ist parallel dazu vorgesehen. Wenn, wie im letzten Januar geschehen, zur gleichen Zeit zwei Grossereignisse (WEF, Syrienkonferenz) stattfinden, welche eine permanente Überwachung des Luftraumes notwendig machen, so genügen 32 F/A-18 Jets allein nicht, befinden sich doch ständig parallel Flugzeuge in der Luft, in Bereitschaft am Boden, in der einsatzbezogenen Wartung sowie in Revision. Zu keinem Zeitpunkt sind also alle Flugzeuge einsatzbereit. Im Ernstfall können wir zudem nicht damit rechnen, dass jeweils alle gestarteten Maschinen wieder auf die Basis zurückkehren. Aus all diesen Gründen braucht es die topmodernen 22 Gripen E als minimalen Ersatz der 54 Tiger II.

300 Millionen während 10 Jahren verkraftbar

Unsere Sicherheit muss uns etwas wert sein: Mit 3 Milliarden für den Kauf, verteilt über die nächsten 10 Jahre, liegt der Gripen-Kauf im finanziellen Rahmen von Bund und Armee. Weil der Kauf über das ordentliche Armeebudget abgewickelt wird, führt dies an keiner anderen Stelle zu Einsparungen. Die Debatte im Parlament dauerte lange, bis der Kauf des Gripen feststand. Dank des Drucks der FDP wurde der Beschaffungsvertrag für das Kampfflugzeug Gripen wesent-

moderne Luftwaffe. Der Gripen erfüllt sämtliche militärischen Anforderungen und weist das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aller zur Auswahl gestandenen Kampfflieger auf. Für mich ist klar: Der Gripen ist eine gute und richtige Investition in unsere Sicherheit.

Den Urhebern des Referendums geht es nicht um die neuen Kampfjets, sondern einmal mehr darum, die Existenz der Schweizer Armee in Frage zu stellen. Die SP hat die Abschaffung der Armee ja in ihrem Parteiprogramm, die Gruppe Schweiz ohne



Mit dem Gripen E können auch bei schlechtem Wetter und in der Nacht Einsätze geflogen werden.

lich nachgebessert. Namentlich beinhaltet der Kaufvertrag eine Konventionalstrafe und ein Rücktrittsrecht bei Nichterfüllung.

FDP steht für glaubwürdige Sicherheitspolitik

Als souveräner und neutraler Staat ist es die Aufgabe der Schweiz, für die Sicherheit unseres Landes zu sorgen. Dazu brauchen wir eine starke und

Armee (GSoA) gar in ihrem Namen. Solche Absichten überhaupt in Erwägung zu ziehen, ist naiv: Denn wir dürfen die Sicherheit von Land und Bevölkerung nicht gefährden! Sicherheit bedeutet Wohlstand.

Sagen wir deshalb am 18. Mai 2014 Ja zum Gripen, zu einer starken Luftwaffe und damit auch zu einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik in der Schweiz.

Sicherheit zuerst!



am 18. Mai

zum Gripen

Sicherheit schafft **Frieden, Stabilität,
Freiheit** und **Wohlstand!**



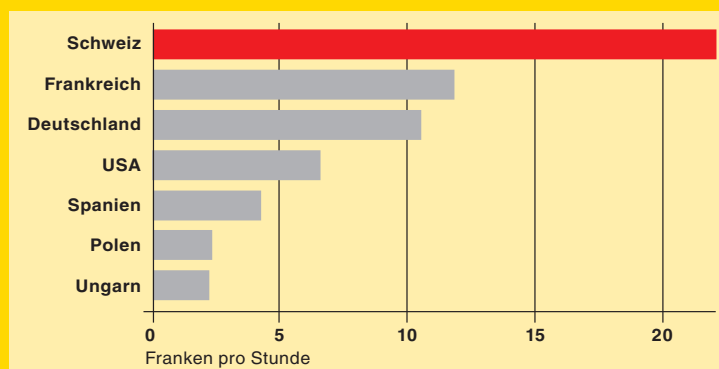
gripen-ja.ch

Lohndiktat

Weltweit höchster Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze

Die Folgen:

- **Schwächere werden verdrängt**
- **Wiedereinstieg wird erschwert**
- **Teilzeitstellen werden abgebaut**



Jetzt online unterstützen!
www.mindestlohn-nein.ch



**ZUM SCHÄDLICHEN
MINDESTLOHN**